



# Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 28

BERLIN, DEN 12. JULI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Wohin geht der Weg: Zu Babeuf oder Dan? / N. Bucharin: Die Lage der  
chinesischen Revolution / Ercoli: Ueber das Auftreten der Opposition auf  
der Plenarsitzung des EKKI / Hermann Remmele: Die gelbe Kriegsfront  
gegen die Sowjetunion / Rosenthal: Die Rolle des Privatkapitals in der  
Wirtschaft der USSR / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 28

12. JULI

## I N H A L T

	Seite
Wohin geht der Weg: Zu Babeuf oder Dan? . . . . .	1341
Bucharin: Die Lage der chinesischen Revolution . . . . .	1344
Ercoli: Ueber das Auftreten der Opposition auf der Plenarsitzung des EKKI . . . . .	1351
Bennet: Die Regierung Baldwin und der Generalrat . . . . .	1360
Remmele: Die gelbe Kriegsfront gegen die Sowjetunion . . . . .	1364
Foster: Neue amerikanische Erscheinungen des Reformismus . . . . .	1367
Rosenthal: Die Rolle des Privatkapitals in der Wirtschaft der USSR	1378
Al. Bad.: „La Fédération Balcanique“ . . . . .	1384

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	„ 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	„ 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY  
HAMBURG BERLIN

## WOHIN GEHT DER WEG: ZU BABEUF ODER DAN?

Das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission der KPSU beschloß nach Kenntnisnahme der neuen Verletzungen der Parteidisziplin durch die Führer des Oppositionsblocks, Trotzki und Sinowjew, auf die Tagesordnung der nächsten gemeinsamen Plenarsitzung des ZK und der ZKK die Frage ihres Ausschlusses aus dem Zentralkomitee zu setzen. Ein solcher Ausschluß wurde auf dem 10. Parteitag auf Veranlassung Lenins vorgesehen, als ein Mittel, das die Einheit der Partei garantiert. Der 10. Parteitag der KPSU sah den Ausschluß von Mitgliedern des Zentralkomitees aus dem Zentralkomitee und sogar aus der Partei für den Fall vor, daß die Parteidisziplin durchbrochen würde. Der Beschluß des 10. Parteitages bezog sich damals auf die Führer der Arbeiteropposition, die die Partei in einem schwierigen Moment erschütterten und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern zu sprengen drohten. Lenin, der diese Maßnahme dem 10. Parteitag zur Annahme empfahl — dieser Parteitag tagte während des Aufstandes in Kronstadt —, zielte damit auf die Saboteure und Defaitisten, die die kämpfende Armee der Arbeit mit ihrem Geschrei vom „Untergang des Landes“ demoralisierten. Die Spießer, die neben der Partei so herlaufen und es jetzt lieben, Lenin als „Versöhnungspolitiker“ hinzustellen, der ein Kompromiß suchte zwischen der Partei und den oppositionellen Grüppchen, der die Tolstoische Forderung vertrat, daß man dem Bösen keinen Widerstand entgegenzusetzen dürfe — was die Möglichkeit gäbe, ungestraft der Partei Knüppel zwischen die Beine zu werfen —, müssen sich doch über die Bedeutung dieses Antrages Lenins, der vom 10. Parteitag angenommen wurde, klar zu werden versuchen. Dieser Antrag hatte eine Situation im Auge, die der heutigen analog ist.

Erstens haben die Führer des Oppositionsblocks nicht einfach zufällig die Parteidisziplin verletzt, sondern verletzen sie systematisch. Trotzki und Sinowjew glauben, daß die Parteidisziplin eine Norm des Parteilebens ist, die nur auf die einfachen Parteimitglieder angewandt wird. Ihre früheren Verdienste um die Arbeiterbewegung betrachten sie als eine Art „Servitut“, das ihnen eine privilegierte Stellung in der Partei gibt. Da sie das politische Kapital, das die Partei für sie aufgehäuft hat, verschleudern, so sehen sie nicht, wie ihr Verhalten zur Partei dem elementarsten Gleichheitsgefühl der einfachen Parteigenossen widerspricht. Jeder ehrliche Proletarier stellt sich die Frage: warum schließt man wegen Disziplinbruch einen Arbeiter aus dem Weddingbezirk aus und duldet die Führer der Opposition, die seit langem auf alle Parteistatuten und Normen der Parteidisziplin pfeifen. Zugegeben, daß ihre Parteiautorität in der Vergangenheit groß war. Gerade deshalb bringt ihr Auftreten der Partei viel mehr Schaden als die Fraktionsarbeit eines einfachen Parteimitgliedes. Auf die kleinbürgerlich gestimmten Kreise machen die früheren Verdienste der oppositionellen Führer Eindruck. Sie sind bereit, den „Führern“ vieles zu verzeihen, auch den früheren Führern. Sie sehen nicht, daß die Geschichte oft Leute zum Sprachrohr anderer Klassen macht, die sich mit der Autorität der Vergangenheit decken und sie für ihre verhängnisvolle Sache in der Gegenwart

ausnützen. Und darin eben liegt die Gefahr des demoralisierenden Einflusses der Führer der Opposition.

Zweitens verletzen die Führer der Opposition nicht nur die Parteidisziplin, sondern verletzen systematisch die gegenüber der Partei in ihrer Erklärung vom 16. Oktober 1926 übernommenen Verpflichtungen. Wie kann man Vertrauen zu einer Gruppe haben, die am 16. Oktober verspricht, die fraktionelle Tätigkeit aufzugeben und einige Monate später auf dem Bahnhof eine öffentliche Demonstration gegen das „Parteiregime“ veranstaltet? In ihrer Erklärung vom 16. Oktober ist die Opposition der Auffassung, daß „besonders unzulässig irgendeine Unterstützung der Tätigkeit von Leuten wie Ruth Fischer und Maslow ist, die bereits aus der Partei und Komintern ausgeschlossen sind“. Auf dem Plenum des EKKI im Mai 1927 fordert die Opposition durch den Mund Trotzki die Wiederaufnahme dieser Elemente in die Partei. In dem parteilosen Renegatenorgan der Gruppe Maslow erscheinen die Reden der Führer der Opposition, die sie in streng vertraulichen Sitzungen des ZK gehalten haben und in denen nicht einmal ein Stenogramm geführt wurde. Kann man sich über die Partei noch mehr lustig machen? Braucht man noch einen anderen Beweis dafür, daß die oppositionellen Führer die der Partei gegenüber übernommenen Verpflichtungen brechen?

Schließlich muß man berücksichtigen, unter welchen Verhältnissen der neue Angriff der oppositionellen Führer gegen die KPSU und die Komintern vor sich geht. Es riecht jetzt nach Pulver. Die kapitalistische Welt bereitet jetzt einen durch und durch imperialistischen, konterrevolutionären Klassenkrieg gegen die revolutionären Massen vor, in erster Linie gegen die Sowjetunion. Die internationale Sozialdemokratie begeht gegenüber dem ersten proletarischen Staat der Welt einen Verrat, weit schlimmer, als am 4. August 1914. Der englische Generalrat, vermittels dessen die Gewerkschaften der Sowjetunion versuchen, den Kontakt mit der englischen Arbeiterklasse zwecks Durchführung gemeinsamer Aktionen herzustellen, begeht an der Sache der werktätigen Massen ebenso Verrat, wie er den Generalstreik in England, den Bergarbeiterstreik und die chinesische Revolution verraten hat. Nur die kampferprobten Kaders der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt erweisen sich als feste, mannhafte Kämpfer gegen den Krieg. Mit größtem Enthusiasmus erklären sie unermüdlich den Arbeitermassen, daß die Verteidigung der Sowjetunion Sache des internationalen Proletariats ist. Und gerade in diesem Augenblick kommen moralisch zersetzte Leute mit einer krankhaften Niederlagenpsychologie, Leute, die den Glauben an die Arbeiterklasse verloren haben, für die irgendein geheimnisvoller Unbekannter, wie Maslow, wertvoller ist als Hunderte alter erprobter proletarischer Revolutionäre, die im Feuer des langen Kampfes gegen den Zarismus sich stählten. Diese Kastraten säen tagaus, tagein Mißtrauen gegenüber dem Zentralkomitee der Partei, das in seiner Mehrheit aus Arbeitern besteht, die die Schule des illegalen Kampfes gegen den Zarismus, die Schule des Bürgerkrieges und des Aufbaus des Sozialismus durchgemacht haben; diese Leute verbreiten Verleumdungen über Verrat der KPSU an den Klasseninteressen des Proletariats, über Entartung der Partei und des gesamten Staats- und Wirtschaftsapparates der Sowjetunion. Der Kommunistischen Internationale, die von der Weltbourgeoisie gemein-

sam mit der internationalen Sozialdemokratie aufs schärfste attackiert wird, schleudern sie den falschen Vorwurf entgegen, daß sie die Absicht habe, die Kommunisten nach Amsterdam oder in die II. Internationale zu führen. Ist es nicht klar, daß das alles Wasser auf die Mühle der internationalen Sozialdemokratie, Amsterdams, des Generalrats und anderer Agenten des internationalen Kapitals ist? Diese Politik führt objektiv zu einem Versuch der Demoralisierung der internationalen kommunistischen Kaders, erschwert diesen die Durchführung ihrer elementaren proletarischen Pflicht gegenüber der Sowjetunion. Sie haben die Kühnheit, die Komintern und die Führung der KPSU des Thermidorianertums zu beschuldigen.

Wer sind diese Leute eigentlich? Sind es etwa die Babeufs der russischen Revolution, die Repräsentanten der Zukunft, der Interessen der kommenden proletarischen Revolution, oder sind das Leute, die zu Dan und Abramowitsch gehen, die den Druck des internationalen Kapitals auf die Sowjetunion und das internationale Proletariat widerspiegeln und die kleinbürgerlichen Stimmungen zum Ausdruck bringen? Die Babeufs waren in der bürgerlichen Revolution die Verkünder des Sozialismus, die Vertreter der heranreifenden Tendenzen der Zukunft. Die oppositionellen Führer sind in der Epoche der proletarischen Revolution einfach Schatten der Vergangenheit: sie spiegeln aufs genaueste die Schwankungen des Kleinbürgertums und der in der Periode der NEP wieder auflebenden Klassen wider, die von dem Sturm der Oktoberrevolution dahingefegt worden sind. Das sind schöne Babeufs, hinter denen keine einzige Arbeiterzelle, keine einzige proletarische Organisation steht und die ihre Anhänger vorwiegend aus den sozialen Mittelgruppen werben. Ist es etwa ein Zufall, daß das aufmerksamste Publikum, das mit Sympathie die oppositionellen Reden hört, das Kleinbürgertum, Angestellte, Intellektuelle und ähnliche Elemente sind? Ist es etwa ein Zufall, daß die Opposition der KPSU in der internationalen Arbeiterbewegung sich mit Leuten wie Ruth Fischer, Maslow und Scholem alliiert hat, die Sinowjew noch unlängst mit den Worten Lenins als „wildgewordene Spießbürger“ charakterisierte? Kann man annehmen, daß eine ganze Klasse mit den in den Jahren des Bürgerkriegs und der Illegalität gestählten Kaders, daß der beste Teil des internationalen Proletariats in Gestalt der kommunistischen Parteien historisch an sich selber Verrat begeht, daß die internationale Arbeiterbewegung nach der gewaltigen Erfahrung des Weltkrieges, der proletarischen Revolution im Oktober 1917, nach den revolutionären Eruptionen in Zentraleuropa zu der Epoche Babeufs, der Epoche der „Einzelheiten“ zurückgekehrt ist, daß in der Sowjetunion nur „84“ wirkliche Kommunisten übrig geblieben sind, die in dem Ozean der allgemeinen Entartung hoffnungslos herumschwimmen? Man muß ein ganz hoffnungsloser Pessimist sein, um dem wirklich Glauben zu schenken; man muß den Kopf verloren haben, wenn man seine subjektiven Niederlagen-

stimmungen auf die ganze Welt, auf die ganze internationale Arbeiterbewegung überträgt, wenn man durch das Prisma seiner erschütterten Psyche sieht und zu solchen ungläublichen Perspektiven gelangt.

Mögen die bankrotten Oppositionellen nur lärmern. Die Kommunistische Internationale wird sie zum Schweigen bringen. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Trotzki und Sinowjew sind keine Babeufs, die Komintern aber — der Generalstab der Weltrevolution — ist kein Klub kleinbürgerlicher Revolutionäre.

N. B U C H A R I N :

## DIE LAGE DER CHINESISCHEN REVOLUTION

Die chinesische Revolution befindet sich in der schwierigsten Etappe ihrer Entwicklung. Die bewaffneten Kräfte der nationalen Bourgeoisie schließen sich immer mehr und mehr zusammen, reißen Teile der Wuhan-Armee mit sich und richten die Spitze ihres Schwertes gegen die Massenbewegung der unteren sozialen Schichten, gegen die Arbeiter und Bauern, gegen die „Plebejer“, die von der großen Agrarrevolution aufgerüttelt wurden und gegen die „aufgeklärten“ besitzenden Scharfmacher von Stadt und Land Sturm laufen. Hinter den seltsamen, buntgemusterten Stickereien politischer Gruppierungen, persönlicher Konflikte, Generals-Kombinationen, hinter dem Vorhang der militärischen und Beamten-Diplomatie, hinter dem Gemisch von feierlichen Deklarationen und ebenso feierlichen Henkerparaden, von einschmeichelndem Geschwätz über die „Drei Prinzipien“ und der Erdrosselung von Revolutionären, von „chinesischen Zeremonien“ und Erschießungsbefehlen, hinter diesem bunten und mannigfaltigen Gemisch sieht man deutlich, wie der Stahl des wildesten Klassenkampfes gezückt wird, man sieht hinter all dem deutlich eine verzweifelte Klassenschicht, über deren elementare Kraft sich noch nicht jeder klar ist.

Der Block zwischen Feng Yu-hsiang und Tschang Kai-schek bringt eine weitere Differenzierung der Klassenkräfte im Lande zum Ausdruck. Die besondere Eigenart der Situation besteht darin, daß die drei sozialen Klassenlager (grob gesagt) über drei organisierte Staats-Zentren verfügen. Allerdings haben voreilige Forscher vom Schlage des Genossen R a d e k („entgegen der Vernunft und den Tatsachen zum Trotz“) das Vorhandensein eines Feudalismus in China geleugnet. Wohl haben diese Genossen ihre Schlußfolgerungen auf Grund dieser „Analyse“ aufgebaut, wohl haben die Oppositionskollegen Radeks über dessen Irrtum kein Wort verloren. (Das eben nennt sich eine „ehrliche marxistische Forschung!“). Die Tatsache bleibt aber Tatsache. Das Lager der Nordarmee mit Tschang Tso-lin an der Spitze ist das Lager der feudalen Reaktion. Dieses Lager befindet sich vollkommen im Dienste der Imperialisten und denkt nicht einmal an irgendwelche „Reformen“, außer der einzigen Reform: der Begründung einer neuen Dynastie durch die Krönung des „Marschalls“. Dieses Lager nähert sich gegenwärtig offensichtlich seinem Untergange.

Das zweite Lager ist das Lager der liberal-bürgerlichen Konterrevolution. Charakteristisch für den gegenwärtigen Augenblick ist auch die Tatsache, daß dieses zweite Lager auf der gegebenen Entwicklungsstufe der chinesischen Ereignisse vorläufig eine sieghafte Kraft darstellt und einen ganz eigentümlichen Platz im Klassenkampfe einnimmt.

Die Klassengrundlage der Umstürze der Generale gegen das Volk wurde genügend geklärt: diese Klassengrundlage ist der Uebergang der liberalen Bourgeoisie zur Konterrevolution. Es ist hier wohl am Platze, hinzuzufügen, daß die sich aufbäumende Agrarrevolution der chinesischen Bauernschaft, die dem liberalen Bourgeois einen tödlichen Schrecken einjagte und ihn aufs äußerste reizte, gleichfalls in ihrer spezifisch chinesischen Eigenart aufgefaßt werden muß. Während die Besitzergreifung des Grund und Bodens in Rußland anfangs fast alle Schichten der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer vereinigte und die ganze Masse dieser Bauernschaft gegen die von ihr scharf abgegrenzte Klasse unserer russischen „Land-Lords“ hinstellte, geht in China, wo die anbaufähige Fläche nur gering ist, wo es gleichfalls wenige Großgrundbesitzer, dafür aber Kleingrundbesitzer gibt, die mit den Kulakenelementen verwachsen sind, der Bürgerkrieg auf dem flachen Lande in viel schärferen Formen vor sich. Die von der Agrarrevolution bekämpften Schichten sind bedeutend größer und folglich mit der städtischen liberalen Bourgeoisie viel enger verbunden.

Die Klassendifferenzierung erzeugte den Umsturz Tschang Kai-scheks. Tschang Kai-shek „zeugte“ Feng. Feng wird seinerseits zweifelsohne den Verrat anderer Generale hervorrufen. Dadurch wird Wuhan sehr stark gefährdet. Tschang Kai-shek plus Feng plus andere Generale plus (möglicherweise) linke „Mukdener“ — so sieht der bürgerliche Block in seiner militärischen Gestalt aus. Dieser Block ist vorläufig das stärkste unter den kämpfenden Lagern. Seine Kräfte werden in der nächsten Zukunft unvermeidlich noch weiter wachsen.

Man muß die Lage mit nüchternen Augen betrachten: es wäre eine kurz-sichtige Politik, würde man die Kraft des Gegners, der bereits als Henker der Arbeiter und Bauern auftritt, unterschätzen.

Die Kraft dieses liberal-konterrevolutionären Lagers besteht erstens in dem zahlenmäßigen Uebergewicht seiner bewaffneten Truppenteile, zweitens in seiner politischen Stellung im Vergleich mit der politischen Stellung des feudalen Lagers.

Wir schrieben des öfteren, daß das bürgerliche Lager bereits Arbeiter und Bauern erschießt, sich jedoch mit der feudalen Reaktion und mit dem Imperialismus noch nicht verschmolzen hat. Es hat die Tendenz, sich mit diesem Lager zu verschmelzen. Und je gefährlicher der Aufstand der Arbeiter und Bauern für dieses Lager, um so greller wird diese Tendenz zutage treten. Immerhin hat es sich noch nicht verschmolzen. Es hat noch eine gewisse Selbständigkeit, und eine noch größere scheinbare Selbständigkeit, und das verleiht ihm eine noch größere politische Kraft im Lande.

Am klarsten geht diese Tatsache aus den Programmklärungen der Führer der bürgerlichen Konterrevolution — soweit es sich um die „Ideologie“ handelt — und aus ihren Schlachten gegen Mukden hervor, was die „Tatsachen“ des Bürgerkrieges anbelangt.

Die zehnte These der Deklaration Tschang Kai-scheks (des „Aktions-Programms“ der Nanking-Regierung) lautet:

„Drei Wege stehen China offen:

1. Unterwerfung unter den Militarismus und Imperialismus.
2. Befolgung der kommunistischen Linie und
3. wirkliche Durchführung der drei Prinzipien der Kuomintang und Schaffung einer starken Regierung.“

Die Liberalen nützen diese Position außerordentlich geschickt aus. Sie treten unter der Maske wirklicher Befreier Chinas auf und stellen sich in Gegensatz zu den Kommunisten, die sie als Agenten des „russischen Staates“ behandeln, wobei sie von allen Lügen Poincarés, Chamberlains und der internationalen Sozialdemokratie Gebrauch machen. Ein Absatz der vierten These der erwähnten Deklaration formuliert diesen Standpunkt äußerst schlaue, hinterlistig, zugleich aber, vom Gesichtspunkt der Verdummung der Massen aus betrachtet, auch äußerst klug folgendermaßen:

„Die Kuomintang (es versteht sich, die rechte Clique Tschang Kai-scheks N. B.) steht auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Anschlusses an die Weltrevolution (Lachen Sie nicht! N. B.) auf Grund der Gleichberechtigung der Nationen, während die Kommunisten sich den Manipulationen Rußlands unterwerfen.“

Natürlich werden die Massen die Lügenhaftigkeit dieser These von Tag zu Tag klarer sehen. Gegen diese Lüge spricht und wird sprechen die stählerne und bleierne Sprache der Erschießungen. Diese Sprache gebrauchen die liberalen „Befreier“ immer öfter und öfter gegenüber den chinesischen Arbeitern und Bauern. Gegen diese Lüge werden jene Repressalien, die diese seltsamen Anhänger der „Weltrevolution“ gegen die Agrarbewegung und gegen die Mehrheit der chinesischen Nation anwenden. Dieser Lüge werden auch letzten Endes die schändlichen Reden unserer Opposition nicht helfen, die die Politik unserer Partei in verbrecherischer Weise verleumdet, sie als eine „national beschränkte“ Politik oder als die Verkörperung des „nationalen Konservatismus“ bezeichnet und Wasser auf die Mühle der erklärten Feinde der revolutionären Hilfe der Sowjetunion gießt (wenn nämlich die Opposition in dieser Frage recht hat, dann muß auch Tschang Kai-schek mit seinem Geschrei über die „Manipulationen Rußlands“ recht haben). Man muß jedoch immerhin anerkennen, daß die Kombinierung eines wirklichen Kampfes gegen den Norden und der Ausnützung der Traditionen des nationalen Freiheitskampfes ein bestimmtes politisches Kapital darstellen, das vorläufig noch seine politischen Zinsen trägt.

Wir werden uns hier mit den übrigen Punkten des Nankinger „Programms“, die auf einer geschickten Ausnutzung der Arbeitslosigkeit in Wuhan (von wo die Kapitalisten geflüchtet sind und ihre Fabriken außer Betrieb gesetzt haben), auf Versprechungen über die Einführung des Achtstundentages „in der Zukunft“ usw. beruhen, nicht beschäftigen. Wir wollen hier nur noch eine starke Seite der liberalen Konterrevolution hervorheben, und zwar die Tatsache, daß sie im dritten Lager, im Lager Wuhans, ihre Agentur hat, während das Gegenteil nicht möglich ist.

Worin besteht nun die Schwäche des dritten Lagers, des Lagers von Wuhan? Sie besteht vor allem darin, daß dieses Lager und dieses Staatszentrum keine genügend zuverlässige bewaffnete Macht hat. Seine Armee schmilzt. Durch den Verrat Fengs ging es seines (militärisch)

besten Teiles verlustig. Der übrig gebliebene Teil mit T a n T s c h e n - s c h i an der Spitze ist gleichfalls unzuverlässig. Man kann auch nicht auf die persönliche Feindschaft zwischen Tschang Kai-schek und Tan Tschen-schi bauen. Die Stimme des Klassenblutes ist stärker als die Stimme der persönlichen Feindschaft, und die Logik des Klassenkampfes ist stärker als die Logik der persönlichen Konflikte. Die wenigen wirklich zuverlässigen Truppen sind offenkundig unzureichend.

Die Schwäche Wuhans besteht zweitens darin, daß es in diesem Lager (sowohl im ZK der Kuomintang als auch in der Regierung) auch direkte Auskundschafter Tschang Kai-scheks und schwankende typisch kleinbürgerliche Politiker der schlechtesten Marke gibt, die im Augenblick der Krise fast sicher mit den Liberalen gehen werden. Ihre schreckliche Angst vor der Agrarrevolution kann sie in die Arme der liberalen Anhänger Tschang Kai-scheks treiben. Wenn man daran denkt, daß sogar führende K o m m u n i s t e n opportunistische Fehler gemacht haben, dann wird man leicht begreifen, daß die äußerste Schwäche und die Buntscheckigkeit in der politischen Führung Wuhans, die in vollem Widerspruch zum Wachstum der unteren Schichten stehen, die empfindlichste Stelle des Wuhan-Lagers darstellen.

W e n n die Direktiven der Komintern durchgeführt worden wären; w e n n die Agrarrevolution nicht gehemmt worden wäre; w e n n die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern energisch durchgeführt worden wäre; w e n n die treuen Truppenteile zusammengefaßt worden wären; w e n n eine klare, für die Massen verständliche politische Linie befolgt worden wäre; w e n n die Direktiven in bezug auf die Demokratisierung der Kuomintang richtig durchgeführt worden wären usw. usw., d a n n wäre die Lage für Wuhan nicht so gefährlich. Das Mißverständnis, ja der bis zu einem gewissen Grade vorhandene W i d e r s p r u c h zwischen der Oberschicht der Kuomintang und der M a s s e ihrer Mitglieder, zwischen der Führung und der faktischen B e - w e g u n g , das ist der Hauptfehler des Wuhan-Lagers.

Die Kraft dieses dritten Lagers ist die mächtige Bewegung der A r - b e i t e r u n d B a u e r n . Die Revolution stößt die schwankenden Schwätzer und die mit den Feinden sympathisierenden, schwankenden, eingeschüch- terten „Führer“ von sich ab. Die Revolution siebt diese Führer durch das Sieb schwerer Prüfungen. Die Massenbewegung ist so groß, eine so gigan- tische Menschenmenge gerät in Bewegung, daß sie letzten Endes alle Hinder- nisse überrennen wird.

Das ist die Grunddisposition der einzelnen Klassen.

Es ist nicht schwer zu sehen, daß die gegenwärtige Lage die Frage nach den z w e i Entwicklungswegen der c h i n e s i s c h e n R e v o - l u t i o n in aller Schärfe aufrollt. Theoretisch haben wir diese Frage vom Anfang an gestellt. Das Leben hat sich wie immer auch jetzt reicher, bedeutsamer, vielseitiger, „schlauer“ als die „graue Theorie“ erwiesen. Der praktische Wert dieser Fragestellung hat sich jedoch voll und ganz bestätigt.

Das Lager der bürgerlichen Konterrevolution kämpft v o r l ä u f i g , so paradox dies auch klingen mag, gegen die Feudalen und teilweise auch gegen die Imperialisten (obschon es auch auf Kompromisse, Abkommen usw. eingeht). Durch diese Seite seiner „Arbeit“ schleppt es noch Ueberreste der Traditionen des Befreiungskampfes mit sich. Zugleich aber stürzt es sich

mit rasender Wut auf die Arbeiter und Bauern der eigenen Nation, wird zu deren schlimmstem Henker und damit (und das wiegt alles übrige reichlich auf) zur schlimmsten mörderischen Konterrevolution.

Das ist aber gerade die konkrete Verkörperung der Frage nach den zwei Wegen in den Klassenkräften und ihres gegenseitigen Kampfes: Liberale kompromißlerische Lösung der Frage, Vereinigung Chinas auf Grund einer „dauerhaften“ bürgerlichen Rechtsordnung, unter ökonomischem Protektorat des Imperialismus (mit entsprechenden Zugeständnissen seitens dieses letzteren) und bei einem Kompromiß mit den Feudalen innerhalb des Landes — das ist der erste Weg. „Plebejische“ Lösung der Aufgaben der bürgerlich demokratischen Revolution, entschiedene Ausrottung aller feudalen Ueberreste, unterschiedener Kampf gegen den Imperialismus, Diktatur der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, Perspektive eines sozialistischen Weges — das ist die zweite Art der „Lösung“ der Frage. Oder mit anderen Worten: Kampf um die Hegemonie in der bürgerlich demokratischen Revolution zwischen der Arbeiterklasse und der liberalen Bourgeoisie. Dieser Kampf um die Hegemonie, oder, was das gleiche ist, dieser Kampf um den liberalen oder plebejischen Entwicklungsweg der chinesischen Revolution ist gerade der Inhalt der gegenwärtigen Klassenschlachten.

Je gefährlicher jetzt die Lage ist, um so energischer muß das dritte Lager unterstützt werden, um so energischer müssen die Arbeiter-, Bauern- und Kleinbürgermassen mobilisiert werden. Der „Plebs“ muß organisiert und auf die Beine gestellt werden in dieser größten historischen Schlacht gegen die Kräfte des Imperialismus, der feudalen und der bürgerlichen Konterrevolution, die Hand in Hand miteinander die Arbeiter und Bauern erschießen und henken, ganze Dörfer und Arbeiterviertel in Brand stecken und in einem gemeinsamen Chor gegen die Kommunistische Partei des chinesischen Proletariats, gegen die Agrarrevolution, gegen den „Terror“ der Arbeiterklasse heulen.

Die Politik der Kommunistischen Internationale ist offenkundig Mobilisierung der Massen, Entfesselung der Agrarrevolution, Entfesselung der Arbeiterbewegung, entschiedenster Kampf gegen die Verräter und Renegaten. Eine der Hauptlosungen muß folgende sein: „Arbeiter und Bauern, vertraut nur euren eigenen Kräften! Vertraut nicht den Generalen und Offizieren! Organisiert eure bewaffneten Truppen!“ Der Kampf entfaltet sich jetzt auf allen Linien, größte Klarheit ist vonnöten. Vonnöten ist die entschiedenste Abwehr aller Verständigungstendenzen der Halbagenten Tschang Kai-scheks und Fengs. Vonnöten ist ein Kurs auf die Säuberung der Spitze der Kuomintang von diesen schwankenden Elementen. Vonnöten ist die Konsolidierung der wirklich jakobinischen „plebejischen“ Kaders, die im Kampfe durchhalten können, trotz aller Gefahren und Niederlagen. Feng trat in das Lager der Gegner der Volksrevolution über; es muß ihm der schonungsloseste Kampf erklärt werden.

Es wäre die größte Naivität, zu glauben, daß die Kommunisten, die Arbeiter und Bauern jetzt eine Taktik der Kompromisse mit Feng und Co. befolgen müßten. Eine solche Taktik könnte sich nur auf eine absolut liquidatorische Einstellung zur Agrarrevolution und zum Kampfe um den plebejischen Weg der chinesischen Entwicklung stützen.

Es ist jedoch kein Grund zu einer solchen Einstellung vorhanden. Selbst in dem Falle, daß Wuhan, von den Gegnern umzingelt, fallen würde, müßte der Kampf in neuen Formen vorwärts schreiten. Es ist doch keine leichte Sache, ganz China, das China des Volkes, der Arbeiter und Bauern militärisch zu besetzen. Wie verzweifelte Formen der Kampf annimmt, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß in der Provinz Hupe in den Monaten Mai und Juni mehr als 3000 Bauern ermordet wurden; auf dem Gebiet der Nationalregierung haben die Truppen der Gutsbesitzer ungefähr 2000 Funktionäre der Bauernverbände ermordet.

Mag jedoch das Offiziers- und das adelige Gesindel noch so rasen und wüten, selbst große Armeen sind nicht imstande, die ungeheuren Territorien zu besetzen, auf denen unvermeidlich die Flammen des Bauernaufbruchs emporlodern werden. Durch die Erschießung von Hunderten, Tausenden, ja sogar Zehntausenden von Bauern werden die von der Revolution aufgerollten objektiven Aufgaben nicht um ein Jota ihrer Lösung nähergebracht. Die liberalen Konterrevolutionäre sind nicht einmal zu einer Teillösung der Bauernfrage, der Agrarfrage fähig, und diese Tatsache führt sie einer unvermeidlichen Niederlage näher, wie große Teilsiege sie auch über das revolutionäre Volk davontragen mögen.

Folgende Tatsache kommt noch unvermeidlich hinzu: Je verzweifelter der Kampf der Bourgeoisie gegen die Volksmassen sein wird, um so rascher wird sich diese Bourgeoisie in die Arme der Imperialisten stürzen und sie um Hilfe anflehen. Je rascher jedoch die Bourgeoisie die Ueberreste ihres politischen Kapitals vergeuden wird, um so rascher wird es sich herausstellen, daß ein k o n s e q u e n t e r nationaler Freiheitskampf in China nur g e g e n die Bourgeoisie geführt werden kann.

Es kann eine zweite Frage gestellt werden, und zwar die Frage der Politik des S o w j e t s t a a t e s. Man kann fragen: Muß etwa der Sowjetstaat auf jederlei Beziehungen zur Nanking-Regierung verzichten?

Diese Frage muß natürlich verneint werden. Nur ganz erbärmliche Politiker und äußerst „naive“ Leute glauben, das Wesen des proletarischen Staates bestehe darin, daß er mit der kapitalistischen Umgebung in k e i n e r l e i Verbindung steht. Im Gegenteil. Gewisse Beziehungen sind nur wünschenswert. Kein vernünftiger Mensch hat vorgeschlagen, die Institution der Sowjetdiplomatie und des Außenministers um der sogenannten „Reinheit“ der Prinzipien willen „abzuschaffen“. Wenn aber der Sowjetstaat in den bürgerlichen Ländern des Westens und des Ostens seine Vertreter hat, wenn er mit dem feudalen Staat des Marschall Tschang Tso-lin Beziehungen unterhält, wenn er im faschistischen „Paradies“ des Signore Mussolini seine Vertreter hat, dann ist kein Grund vorhanden, auf eine Verbindung mit der Nanking-Regierung zu verzichten. Diese ü b l i c h e n Formen der Verbindung müssen aufrecht erhalten werden.

Mehr noch. Wenn die Sowjet-Diplomatie verpflichtet ist, den relativen Interessengegensatz der imperialistischen Mächte in bestimmter Weise in Rechnung zu ziehen, dann ist sie um so mehr verpflichtet, den Antagonismus zwischen den liberalen Prätendenten auf die Vereinigung Chinas und ihren imperialistischen Partnern in Betracht zu ziehen, die China allerdings beide ausplündern ohne Rücksicht auf die „Regierungsform“.

Der praktische Unterschied zwischen der Komintern und der Sowjetregierung ist hier absolut klar, und wir glauben, wir haben ihn so populär erklärt, daß ihn sogar Chamberlain verstehen kann. In seinen diplomatischen und Handelsbeziehungen läßt sich der proletarische Staat keinesfalls von dem Gesichtspunkte leiten, daß er die Politik der kapitalistischen oder der feudalen Ausbeuter etwa „billigen“ würde. Die Kommunistische Internationale führt aber weder diplomatische noch Handelsverhandlungen mit „andern Mächten“: Sie **o r g a n i s i e r t** unmittelbar die **R e v o l u t i o n**.

Kehren wir zu den Fragen der Komintern-Politik zurück. Unsere stürmische Opposition, die während der ganzen Zeit darüber „entrüstet“, „empört“ war, und dagegen protestiert hat, daß man ihr die Losung des Austrittes aus der Kuomintang ungerechterweise „in die Schuhe schiebe“, erklärt **j e t z t o f f e n**, daß sie diesen Schritt fordert.

Es fragt sich, warum? Darum etwa, weil an der Spitze die Führer der Kuomintang schwanken? Und die **M a s s e** der Kuomintang-Mitgliedschaft — ist das etwa „schnuppe“? Seit wann wird die Einstellung zu einer Massenorganisation dadurch bestimmt, was in ihrer „allerhöchsten“ Spitze geschieht?

Alle Kräfte der liberalen Konterrevolution sind heute darauf gerichtet, die Kommunisten aus der Kuomintang zu verdrängen und sie zu umzingeln. Alle Kräfte der Reaktion singen nach dieser Melodie. Es ist bekannt, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei in der Kuomintang unaufhörlich **w ä c h s t**. Es ist bekannt, daß die unteren Organisationen der Kuomintang, besonders die Arbeiter- und Bauernorganisationen, sich unter der Führung der Kommunisten befinden. Es ist bekannt, daß die Tschang Kai-schek-Clique gerade deshalb gegen Wuhan zieht, weil sie in der linken Kuomintang eine „Agentur“ der Kommunisten sieht. Es ist endlich bekannt, daß die Losung der Verhaftung und Hinrichtung Borodins, die Losung der **E n t f e r n u n g** der Kommunisten aus der Wuhan-Regierung und aus dem ZK der Kuomintang die Losung Tschang Kai-scheks ist.

Und in einer solchen Zeit sollen etwa **w i r s e l b s t** angeblich vom „revolutionären“ Standpunkte aus die Wünsche dieser Herren erfüllen?

Auf eine solche Taktik dürfen wir nicht eingehen. Wir müssen unsere Arbeit in der Kuomintang noch mehr verstärken, sie von den bürgerlichen Elementen und von den Renegaten aller Abarten säubern. Aber freiwillig austreten zu einer Zeit, da der Block der Gegner gerade **d a s** fordert, das wäre eine wirklich seltsame Taktik.

Auf der Konferenz von Suitschou, wo die Begegnung Tschang Kai-scheks mit Feng stattfand, wurde ungefähr folgende Plattform angenommen:

1. Wuhan erkennt seine „Fehler“ an.
2. Die Kommunisten werden aus der Kuomintang ausgeschlossen.
3. Borodin wird entlassen.
4. Die „hohen Vertragsparteien“ organisieren einen gemeinsamen Feldzug gegen Peking.

Die „Auskundschafter“ Tschang Kai-scheks sind **b e r e i t**, diesen Plan anzunehmen (Wan Tin-wei ist nicht unter ihnen, er hält sich fester als die anderen). Unsere Oppositionellen aber gehen dieser „Plattform“ direkt entgegen.

Anstatt auf solche Naivitäten einzugehen, müssen unsere Stellungen in der Kuomintang befestigt werden. In der nationalen Regierung müssen wir, indem wir die „Auskundschafter“ über Bord werfen und sie entlarven, uns solange halten als nur möglich. Indem wir uns vom Ballast befreien, und die „wirklich Linken“ von oben organisieren, müssen wir um unser Banner kämpfen.

Und wenn das nicht gelingt? Und wenn das Uebergewicht des Gegners gegenwärtig allzu groß ist? Das ist möglich. Es ist möglich, daß Wuhan zerschlagen wird. Es ist möglich, daß das Regierungszentrum durch seine inneren Widersprüche unter Verhältnissen gesprengt wird, unter denen es unmöglich sein wird, eine wirkliche jakobinische „Linke“ zu organisieren. Aber wir müssen für einen solchen Weg kämpfen. Noch stärker müssen wir kämpfen für die Behauptung und Befestigung unserer Positionen in der Kuomintang, wenn die Hauptmasse ihrer Mitglieder sich unter dem Einfluß der Kommunisten befindet. Die Kuomintang wird untergehen, wenn sie nicht den Weg der Entfesselung der Agrarrevolution beschreiten wird. Die Kommunistische Partei ist aber nicht daran interessiert; sie ist daran interessiert, ihren Einfluß in dieser Organisation zu befestigen, sie rasch auszubauen und in eine mächtige Partei mit Arbeiter- und Bauerngrundlage, in ein Organ der demokratischen plebejischen Revolution zu verwandeln. Diese Möglichkeit ist vorhanden und es wäre ein Unsinn, auf sie jetzt zu verzichten.

Mögen die verzweifelten Skeptiker über die Erfolge der Verräter krächzen. Die Marxisten-Leninisten wissen, daß die erwachten elementaren Kräfte der chinesischen revolutionären Masse den Weg zu ihrem Siege bahnen müssen, mag die bürgerliche Konterrevolution dieser Bewegung noch so große Hindernisse in den Weg stellen, mag die feudale Reaktion noch so viele Revolutionäre hinrichten, mögen die ausländischen Besatzungstruppen aus noch so großen Kanonen die chinesischen Städte beschießen.

ERCOLI:

## ÜBER DAS AUFTRETEN DER OPPOSITION AUF DER PLENARSITZUNG DES EKKI\*

Genossen! Wir haben einen Brief bekommen, unterzeichnet von den Genossen Trotzki und Sinowjew, der eine chronologische Darstellung der Haltung enthielt, welche diese Genossen verschiedenen Fragen gegenüber eingenommen haben. Der Brief schloß mit dem Vorschlag, eine geschlossene Sitzung der Exekutive einzuberufen, um gemeinsam „freundschaftlich“ die Maßnahmen zu besprechen, die geeignet sind, den innerparteilichen Kampf zu beenden.

Dieser Brief wurde von verschiedenen Delegationen geprüft, und diese besprachen dann unter sich die auf diesen Brief zu gebende Antwort. Wir müssen gestehen, daß wir etwas erstaunt waren über den Vorschlag der Ge-

\* Rede des Genossen Ercoli auf der Schlußsitzung des Plenum des EKKI über das Auftreten der Opposition. (Die Rede wurde gehalten im Namen von sechs Delegationen.)

nossen, in einer nichtöffentlichen Sitzung freundschaftlich zu diskutieren. Vom Beginn der Arbeit der Exekutive an sind die Genossen der Opposition bei den Debatten in einer Weise aufgetreten, die nicht nur nicht freundschaftlich war, sondern allen bisher unter Genossen in Parteiversammlungen üblichen Gepflogenheiten widersprach, in einer Art, die in Parteiversammlungen weder geduldet werden kann noch geduldet werden wird. Und dann fordert man eine nichtöffentliche Sitzung. Behalten sich die Genossen der Opposition ihre freundschaftliche Haltung vielleicht für die geschlossene Sitzung vor, während sie in den öffentlichen Sitzungen uns beschuldigen, Verräter an der chinesischen Revolution zu sein, Verräter an der Revolution überhaupt, wir verließen die kommunistische Linie usw.?

Wozu eine geschlossene Sitzung? Wir brauchen diese nichtöffentliche Sitzung nicht. Die Genossen der Opposition sind hierher gekommen und haben gesprochen. Sie haben gesagt, was sie zu sagen hatten; sie haben unter uns alle die Dokumente verteilt, die sie verteilen wollten.

Die Genossen der Opposition haben also alles vorgebracht, was von ihrer Seite vorzubringen war und wir haben Gelegenheit gehabt, sie von allen Gesichtspunkten aus kennenzulernen und zu beurteilen.

Was den politischen Gesichtspunkt anbetrifft, so weicht die Linie, die sie uns vorgeschlagen haben, völlig von der Linie der Komintern ab, von jener Linie, auf der die Komintern selbst von eben denselben Genossen, die hier zu uns gesprochen haben, aufgebaut worden ist, nach der unsere Parteien seit Jahren arbeiten, die von fünf Kongressen der Komintern fortgeführt worden ist, und auf der wir uns auch in Zukunft halten müssen.

Auf Einzelheiten will ich hier nicht eingehen, weil andere Genossen das schon getan haben.

Was nun die Mitarbeit der Genossen von der Opposition anbetrifft, die sie bei den Arbeiten unserer Vollsitzung geleistet haben, so will ich nicht behaupten, daß von einer Mitarbeit keine Rede sein könne, ich möchte eher sagen, daß es eine negative Mitarbeit gewesen ist, indem sie uns nämlich durch die Haltung, die sie hier eingenommen haben, in unserer Arbeit ständig gehemmt haben, uns gehindert haben, eine Reihe von Fragen so zu stellen und bis zu Ende zu diskutieren, wie es in der augenblicklichen Situation notwendig gewesen wäre. Bei allen Punkten der Tagesordnung, bei allen Problemen, die zur Diskussion standen, wurde die Front, die wir schaffen wollten, notgedrungen eine Verteidigungsfront gegen die Angriffe der Opposition auf die Einheit der Komintern und auf die Einheit der russischen Partei. Das hat sich naturgemäß in unseren Debatten ausgewirkt. Die Front, die wir schaffen wollten und aufrichten mußten, galt der ideologischen politischen und organisatorischen Stärkung unserer Partei für die kommenden Kämpfe, für den Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die Verteidigung der USSR und des revolutionären China. Nun, in der Arbeit für die Errichtung und Stärkung dieser Front sind wir von euch alle Augenblicke gestört worden. Wenn die Sitzung nicht alle die Früchte trägt, die sie hätte tragen müssen, so liegt die Schuld bei euch und nur bei euch.

Nichts von wirklicher praktischer Mitarbeit. Das ist schon verschiedentlich zum Ausdruck gekommen, und ich wiederhole es noch einmal. Selbst bei den Problemen, bei denen die Genossen von der Opposition eine Hilfe hätten

sein können, bei denen sie hätten helfen können, verschiedene Fragen aufzuklären, haben sie uns gar nichts gegeben.

Was haben sie also gemacht? Welchen Charakter hatte ihr Auftreten? Es war einzig und allein ein fraktionelles Auftreten zu dem Zweck, alle Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben könnten, für ihren fraktionellen Kampf auszunutzen. Das war das Charakteristische an ihrem Auftreten und an ihrer Arbeit hier im Plenum. Das ist der Charakter ihrer ganzen augenblicklichen Haltung innerhalb der russischen Partei und der Komintern.

Wir wissen, daß die revolutionäre Arbeit nicht leicht ist. Es ist nicht so einfach, eine revolutionäre Front zusammenschweißen, den Vortrupp des Proletariats in den Kampf zu führen und die großen Massen hinter diesem proletarischen Vortrupp in den Kampf hineinzuziehen. Wir wissen, daß Fehler gemacht werden, daß wir Irrtümer begehen können. Wir kommen hier zusammen, um sie festzustellen und um sie als Genossen einer Kritik zu unterziehen. Wir wissen, daß Niederlagen unvermeidlich sind, aber wir wollen nicht, daß Genossen hierher kommen und diese Schwierigkeiten, die uns erwarten, diese Fehler, die noch in unseren Reihen vorhanden sind, die Niederlagen, denen wir vielleicht noch entgegengehen, für ihren fraktionellen Kampf ausbeuten. Das können wir nicht dulden und das werden wir niemals zulassen.

Genossen, es ist sehr bemerkenswert, daß sich diesmal die Opposition im Plenum der Internationale mit einem vollständigen Programm über alle zur Diskussion stehenden internationalen Fragen vorstellt. Wir haben dadurch Gelegenheit bekommen, uns selbst ein Urteil zu bilden, wie völlig nichtssagend dieses Programm aussieht und wie stark es in seinem Inhalt von der Linie der Komintern abweicht. Warum ist die Opposition hier in dieser Weise aufgetreten? Darauf gibt es nur eine Antwort. Sie hat diese Haltung eingenommen in dem Glauben, jetzt wäre vielleicht der Moment gekommen, wo ihre fraktionelle Arbeit, die sie innerhalb der Partei der Sowjetunion begonnen und gegen die Entscheidungen ihres Zentralkomitees, entgegen den von ihr selbst eingegangenen Verpflichtungen durchgeführt hat, auf alle Sektionen der Komintern erweitert und ausgedehnt werden könnte und um alle Fragen, die sie bisher nur innerhalb der Partei der Sowjetunion aufgerollt hat, vor den gesamten Sektionen der Komintern zu stellen.

Nun, Genossen, ich glaube, daß es auf diese Haltung, auf dieses Auftreten, auf diese Stellung, die die Genossen der Opposition bezogen haben, nur die einstimmige Antwort von seiten aller Sektionen der Komintern geben kann, eine Antwort, die einerseits eine Verurteilung der politischen Linie, die sie hier zu vertreten versucht haben, bedeuten kann, und die Verurteilung ihrer gesamten fraktionellen Arbeit, die sie durchführen, durchgeführt haben und auch wahrscheinlich fernerhin innerhalb der russischen Partei fortsetzen wollen und andererseits eine klare Erklärung gegen jeden Versuch, ihre Zerstörungsarbeit im internationalen Maßstabe fortzusetzen, und daß die gesamte Internationale sich gegen diesen Versuch wie ein Mann aufrichten und ihnen den geschlossenen Block aller kommunistischen Kräfte entgegenstellen wird.

In diesem Sinne ist die Resolution redigiert worden, die die Delegationen der Kommunistischen Partei Italiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs,

der Tschechoslowakei, der Vereinigten Staaten Amerikas gefaßt haben. Wir schlagen vor, über diese Resolution im Plenum abstimmen zu lassen. Hier ist sie:

**Resolution des Plenums des EKKI über das Auftreten der Genossen Trotzki und Wujowitsch auf der Plenarsitzung des EKKI**

Auf Vorschlag der Delegationen der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, der Tschechoslowakei und der Vereinigten Staaten von Amerika wurde auf dem Plenum des EKKI folgende Resolution angenommen:

Die Vollsitzung des EKKI stellt vor den kommunistischen Arbeitern der ganzen Welt fest, daß sich in der gegenwärtigen, überaus ernsten Situation, im Feuer des Feindes, einige ehemals führende Mitglieder der Komintern bereitgefunden haben, die größten und rückichtslosten Angriffe gegen die bolschewistische Weltpartei zu richten. Das gesamte Auftreten dieser Oppositionsführer diene der Durchkreuzung und Erschwerung der entscheidenden revolutionären Aufgaben des gegenwärtigen Moments: der Mobilmachung aller revolutionären Kräfte und der Aufrüttelung der gesamten internationalen Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg.

Der 5. Weltkongreß der Komintern hat den Trotzkiismus als eine „kleinbürgerliche Abweichung“ verurteilt. Das 7. Erweiterte Plenum des EKKI (Dezember 1926) hat in seiner Resolution zur Frage der Sowjetunion den Oppositionsblock als Verkörperung einer „sozialdemokratischen Abweichung“ verurteilt, deren Ziel ist

„auch weiterhin Niedergangsstimmungen und eine Kapitulationsideologie in der Partei zu züchten“. Das Plenum hat auf

„die Unvereinbarkeit dieser Anschauungen mit den Grundlagen des Leninismus“ hingewiesen und festgestellt, daß die Plattform der Opposition

„den Prinzipien des wirklichen Internationalismus und der Grundlinie der Kommunistischen Internationale widerspricht“.

Das 7. Erweiterte Plenum hat konstatiert, daß

„der Oppositionsblock zu einem Sammelpunkt aller und jeder bankrotten, von der Partei und der Komintern verurteilten Strömungen innerhalb und außerhalb der KPSU geworden ist“.

Das Plenum hat insbesondere die „desorganisatorische Tätigkeit des Oppositionsblockes gebrandmarkt.“

Die Genossen Trotzki und Sinowjew haben, ungeachtet ihrer eigenen, in der Erklärung vom 16. Oktober 1926 feierlich übernommenen Verpflichtungen, ungeachtet der Beschlüsse der gesamten Parteimitgliedschaft und der 15. Reichskonferenz der KPSU, ungeachtet der Beschlüsse des 7. Erweiterten Plenums des EKKI ihre gegen die Linie der Komintern gerichtete fraktionelle Tätigkeit nicht nur nicht eingestellt, sondern fortgesetzt und verstärkt.

Da Genosse Sinowjew, der durch den Beschluß des 7. Erweiterten Plenums von jeder Arbeit in der Kommunistischen Internationale enthoben wurde, an der gegenwärtigen Tagung nicht teilnehmen konnte, trat Genosse Trotzki als Wortführer des Oppositionsblockes auf. Genosse Trotzki wiederholte mit beispielloser Heftigkeit die Vorstöße des Oppositionsblockes gegen die leninistische Linie in allen Grundfragen der Revolution.

Die politische Linie, die von den Genossen Trotzki und Wujowitsch auf der gegenwärtigen Vollsitzung des EKKI vertreten und von den Genossen Sinowjew und Radek vollständig gedeckt wurde, steht in krassem unüberbrückbarem prinzipiellem Gegensatz zu der von Lenin begründeten Politik der Kommunistischen Internationale. Die Hauptkennzeichen dieser oppositionellen, antikommunistischen Linie sind:

1. Störung und Diskreditierung des Kampfes der Kommunistischen Internationale gegen die Kriegsgefahr. Die Trotzkiisten richteten ihre Hauptkraft nicht gegen die imperialistischen Kriegshetzer, sondern Genosse Trotzki erklärte, daß „die gefährlichste aller Gefahren das Parteiregime“ sei. Unter dieser Losung predigt Genosse Trotzki in Wirklichkeit den reaktionären Defaitismus gegen die Sache der proletarischen Revolution. Dagegen ist er — trotz mehrfacher Aufforderung — mit keinem Wort von seinem bekannten antileninistischen Standpunkt zu den Grundfragen der revolutionären Taktik im ersten imperialistischen Weltkrieg abgerückt. Gerade die damaligen Differenzen des Trotzkiismus mit Lenin (Ablehnung des revolutionären Defaitismus, Ablehnung der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, Ablehnung der Losung der Verbrüderung) bildeten im Weltkrieg die Scheidungslinie zwischen dem Bolschewismus und allen

Schattierungen des sozialdemokratischen Opportunismus. Im Gegensatz zu der Direktive Lenins, den größten Nachdruck auf die Durchführung der wirklichen praktischen Arbeit gegen die Kriegsgefahr zu legen, hat Genosse Trotzki auf der Vollsitzung des EKKI nicht einen einzigen, sei es auch nur den geringsten praktischen Vorschlag für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg gemacht. Er beschränkte sich auf die bereits mehrfach von der Kommunistischen Internationale zurückgewiesene Forderung, das Anglo-Russische Komitee zu sprengen, was in diesem Moment lediglich die in gleicher Richtung verlaufenden Absichten der reformistischen Verräter an der englischen Arbeiterklasse erleichtert hätte.

2. Vollkommen falsche Einschätzung des Wesens der chinesischen Revolution, im Widerspruch zu allen Grundlehren von Lenin über die Aufgaben der Kommunisten während einer bürgerlich-demokratischen Revolution in zurückgebliebenen, halbkolonialen Ländern. Defaitistische Ausbeutung einzelner und teilweiser Niederlagen der chinesischen Revolution, besonders des Staatsstreichts von Tschang Kai-schek, um kleinbürgerlich-liquidatorische Panikstimmungen zu verbreiten. Verleumderische Darstellung der Politik der KPSU und der Komintern vor und nach dem Schanghai-Umsturz, um diese des Verrats an der chinesischen Revolution zu bezichtigen. Genosse Trotzki, der im Jahre 1923 an der Schwelle der proletarischen Revolution gegen die Bildung von Sowjets in Deutschland war, forderte auf der Vollsitzung des EKKI die sofortige Schaffung einer Doppelmacht in der Form von Sowjets mit dem sofortigen Kurs auf die Niederwerfung der Regierung der linken Kuomintang. Diese, dem Schein nach ultralinke, in Wirklichkeit opportunistische Forderung ist nichts als die Wiederholung des alten trotzkistischen Standpunktes des Ueberspringens des kleinbürgerlich-bäuerlichen Stadiums der Revolution, eines Standpunktes, den Genosse Trotzki bereits im Jahre 1905 gemeinsam mit den Menschewisten gegen Lenin verfochten hat.

3. Vollständiges politisches und organisatorisches Bündnis mit den aus der KPD ausgeschlossenen Renegaten der Gruppe Maslow-Ruth Fischer, deren sofortige Wiederaufnahme in die Komintern vom Genossen Trotzki vorgeschlagen wurde und deren „Mitteilungsblatt“ durch die Oppositionsführer ständig mit Material beliefert wird. Durch Vermittlung der Oppositionsführer erhalten auf diese Weise nicht nur die ausgeschlossenen ultralinken Gruppen, sondern auch alle anderen Klassenfeinde fortgesetzt und in gefälschter Form Kenntnis über die innersten Angelegenheiten der Partei, die an der Spitze der proletarischen Diktatur steht. Das Bündnis der Trotzkisten mit Renegaten vom Schlage Maslow gewinnt eine besonders desorganisatorische Bedeutung angesichts der Tatsache, daß die Maslow-Gruppe zur Herausgabe einer antikommunistischen Tageszeitung übergeht, die Gründung einer eigenen kominternfeindlichen Partei vorbereitet und auf die Bildung einer konterrevolutionären „Vierten Internationale“ hinarbeitet.

4. Die Forderung, daß die Komintern sich im Kampfe gegen die Kriegsgefahr auf die anarcho-syndikalistischen Elemente orientieren soll. Hierdurch wird die revolutionäre Einheitsfronttaktik, der bolschewistische Kurs auf die Gewinnung der proletarischen Massen, der gerade jetzt, im Moment der unmittelbaren Kriegsgefahr, noch notwendiger ist als früher, ersetzt durch die sektiererische Politik der Annäherung an den internationalen Anarchismus und Syndikalismus, der die Komintern und die Sowjetunion an der Seite der schlimmsten Weißgardisten mit den schmutzigsten Mitteln bekämpft.

5. Bewußte Verleumdung und Diskreditierung der Kommunistischen Internationale, die vom Genossen Trotzki der Schuld an den Henkertaten gegen das chinesische Proletariat angeklagt wird, deren Führung von ihm als Institution von bürgerlich-liberalen „Marktschreibern des nationalen Blocks“ beschimpft und deren Linie von ihm als eine „schändliche Politik“ bekämpft wird. Bewußte Verleumdung und Diskreditierung der Sowjetunion, gegen deren Politik Genosse Trotzki den Vorwurf der „national-konservativen Beschränktheit“ erhebt. Diese Lüge ist eine direkte Ergänzung des bürgerlich-sozialdemokratischen Hetzfeldzuges gegen den angeblichen „roten Imperialismus“ der Sowjetunion.

Das gemeinsame Bindeglied aller dieser Vorstöße des Genossen Trotzki gegen den Leninismus ist die Fortsetzung des bereits vom 5. Weltkongreß und von der 7. Erweiterten Exekutive verurteilten Kampfes gegen das innerparteiliche „Regime“ der KPSU und der Komintern unter der falschen, dem Menschewismus entlehnten Flagge der „Meinungsfreiheit“. Diese Angriffe des Genossen Trotzki sind ausschließlich dazu bestimmt, die Disziplin der bolschewistischen Organisation des revolutionären Proletariats zu erschüttern, ihre Einheit zu untergraben, ihr Ansehen vor der Arbeiterklasse herabzusetzen und ihre Festigkeit angesichts der imperialistischen und sozialverräterischen Feinde zu lockern.

Genosse Trotzki versuchte vergeblich, seine menschewistischen Vorstöße mit dem „revolutionären“ Mäntelchen scheinradikaler linker Phrasen, heuchlerischer Beteuerungen seines

Willens zur Unterwerfung unter die gefaßten Beschlüsse und unehrlicher Angebote zur „Beilegung des Konflikts“ zu versehen, um seine Fahnenflucht vor den kommunistischen Arbeitern zu maskieren. Die Haltlosigkeit derartiger Manöver kommt besonders in der letzten Erklärung des Genossen Trotzki zum Ausdruck, in der er offen ankündigt: „Wir werden gegen diesen Kurs bis zum äußersten kämpfen.“ Genosse Trotzki versuchte vergeblich, seine Spaltungspolitik zu verdecken, indem er mit Hilfe lächerlicher, betrügerischer Phrasen den Anschein erweckte, als sei es nicht er, der einen sozialdemokratischen Standpunkt vertrete, sondern als sei es die Komintern, die eine opportunistische Linie einschlage.

Die Genossen Trotzki und Wujowitsch versuchten, die Arbeit der Vollsitzung des EKKI durch fortgesetzte Verbreitung von parteifeindlichem Fraktionsmaterial, durch systematische Störungsversuche und andere desorganisatorische Handlungen zu durchkreuzen.

Die Vollsitzung des EKKI tagt im Moment einer äußerst ernsten, kritischen Zuspitzung der internationalen Lage. Die gegenwärtige Weltsituation wird nicht nur durch die Verschärfung aller Klassenkämpfe gekennzeichnet, sondern vor allem durch die unmittelbare Gefahr eines räuberischen Kriegsüberfalls der englischen Imperialisten und ihrer Vasallen auf die Sowjetunion, durch die bereits in vollem Gange befindliche Intervention der Imperialisten gegen den nationalen Befreiungskampf in China, durch die gemeinsame wütende Offensive aller reaktionären Mächte gegen die Komintern, durch den Versuch der Bourgeoisie, die Arbeiterbewegung und die kommunistischen Parteien in den wichtigsten kapitalistischen Ländern zu unterdrücken und zu zerschmettern.

Gerade in diesem Moment eröffnen Genosse Trotzki und seine Anhänger den schärfsten Kampf gegen die Komintern, das einzige führende Organ der Weltrevolution, und gegen die Sowjetunion, die einzige staatlich organisierte Form der Weltrevolution. Gerade in diesem Moment schleudern die Trotzkiisten der kommunistischen Weltpartei die Anklage des Verrats und dem Staat der proletarischen Diktatur den Vorwurf der Entartung entgegen. Diese Attacke der trotzkistischen Opposition bewegt sich objektiv auf der gleichen Linie wie der Ansturm der Bourgeoisie und ihrer Agenten zur Zerstörung der entscheidenden Kraftzentren der proletarischen Weltrevolution.

Die gegenwärtige Situation stellt der gesamten Kommunistischen Internationale die gebieterische Forderung, diese Attacke des Oppositionsblocks zu zerschlagen, die strengste, festeste Einheit ihrer Reihen zu sichern und alle Kräfte auf die Vorbereitung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, auf die aktivste Verteidigung des einzigen proletarischen Staates der Welt, auf die rückhaltlose Unterstützung der großen chinesischen Revolution zu konzentrieren.

Die Vollsitzung des EKKI antwortet auf die Vorstöße des Genossen Trotzki, die nichts anderes als den verzweifelten Kampf einzelner politischer Deserteure gegen die Front aller Kommunisten der ganzen Welt darstellen, mit der festen Entschlossenheit, diesem spalterischen Treiben ein Ende zu bereiten. Die prinzipielle Linie der Oppositionsführer bedeutet ebenso wie die Art ihres Auftretens eine direkte Sabotage des Kampfes der Kommunisten gegen den imperialistischen Krieg. Das Verhalten des Genossen Trotzki und seiner Gesinnungsgenossen ist durchdrungen vom Geiste des Einverständnisses mit den Renegaten, der menschewistischen Zwischenstellung zwischen dem Lager der Revolution und dem Lager der imperialistischen Konterrevolution. Diese Zwischenstellung, die für den Trotzkiismus charakteristisch ist, bedeutet bei der gegenwärtigen Zuspitzung des Klassenkampfes ein Verbrechen. Die Komintern ist sich ihrer Pflicht bewußt, sowohl diese ultralinksozialdemokratische Richtung, als auch die unablässigen feindseligen Vorstöße dieser Gruppe von brankrotten Führern, die sich immer weiter von der proletarischen Bewegung entfernen, unerbittlich und endgültig zu liquidieren.

Die Vollsitzung des EKKI beschließt daher:

1. Das EKKI konstatiert, daß sowohl die prinzipielle Linie wie das Auftreten der Genossen Trotzki und Wujowitsch unvereinbar mit ihrer Eigenschaft als Mitglieder bzw. Kandidaten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ist.
2. Das EKKI verbietet kategorisch jede Fortsetzung des fraktionellen Kampfes seitens der Genossen Trotzki und Wujowitsch.
3. Die Vollsitzung des EKKI ermächtigt das Präsidium des EKKI, gemeinsam mit der IKK, den formellen Ausschluß der Genossen Trotzki und Wujowitsch aus dem EKKI zu vollziehen, falls dieser Kampf nicht eingestellt wird.
4. Das EKKI schlägt dem ZK der KPSU vor, verschiedene Maßnahmen zur Sicherung der KPSU gegen die Fraktionsarbeit der Genossen Trotzki und Sinowjew zu ergreifen.

Moskau, den 30. Mai 1927.

*Das Plenum des EKKI*

Genosse Trotzki hat uns hier eine Erklärung vorgelesen. Ich weiß nicht, wie man eine solche Erklärung näher bezeichnen soll. Was man aber auf jeden Fall sagen kann: das, was Trotzki uns hier vorgelesen hat, ist in seiner Art und Weise wiederum etwas, was in einer Parteiversammlung nicht geduldet werden kann. In allen Parteien hat es lange und tiefgehende Diskussionen gegeben, aber in allen Diskussionen, die wir innerhalb der Parteien gehabt haben, — derartige Erklärungen hätten wir nicht zugelassen. Der Ton einer derartigen Erklärung ist für eine Versammlung von Kommunisten einfach nicht zulässig. (Zwischenruf des Genossen Trotzki: Und der Ton eurer Resolution?)

Ercoli fortfahrend: Der Ton unserer Resolution ist die Antwort auf die ganze Haltung, die ihr hier eingenommen habt, die Antwort auf das ganze Treiben, das ihr innerhalb der Internationale und der russischen Partei entfaltet habt. Er ist die Antwort auf eure Zerstörungsarbeit in den Reihen der russischen Partei, der Avantgarde und Führerin der Kommunistischen Internationale.

Nun zu einer anderen Frage, nämlich der politischen Bedeutung der Trotzki'schen Erklärung, eine Frage, die von uns mit der allergrößten Aufmerksamkeit behandelt werden muß. Man spricht in einer Versammlung von der Wichtigkeit und Bedeutung, wie sie die augenblickliche besitzt, nicht derartige Dinge aus, wie Trotzki es getan hat, ohne daß sie eine besondere politische Bedeutung haben. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die Erklärung Trotzki's kurz analysieren.

Zunächst: Wie hat er unsere Situation im gegenwärtigen Moment eingeschätzt? Diese Einschätzung ist nicht nur falsch, sondern in ihrer Unrichtigkeit geradezu lächerlich. Sie zählt eine Folge von Niederlagen her, sieht eine Reihe neuer Niederlagen voraus, um zu dem Schluß zu gelangen, daß wir uns auf absteigender Linie befinden. Nichts ist falscher, als eine derartige Darstellung der Lage der Internationale. Richtig ist, daß wir in einigen Ländern geschlagen worden sind. Aber es gibt kein Land, in dem unsere Bewegung sich nicht von der Niederlage wieder erholt und sich heute sogar auf dem Wege zu einem höheren Stadium der Entwicklung befände. Die Schwierigkeiten und Niederlagen waren die Folge einer gewissen Schwäche der Arbeiterbewegung und auch verschiedener Irrtümer von unserer Seite, und für einige dieser Irrtümer trägt Genosse Trotzki sogar selbst die Verantwortung. Es sind Irrtümer, die wir bereits korrigiert haben, und Schwächen, an deren Beseitigung wir arbeiten. Und die Analyse des „Zusammenbruchs“ von Trotzki wird in unseren Reihen und in den Reihen der Arbeiterklasse wenig oder gar keinen Glauben finden. Aber in den Auswirkungen sieht man noch deutlicher, daß seine Analyse nicht nur falsch, sondern lächerlich ist. Die Revolution ist geschlagen, die Parteien sind in voller Auflösung, und wir, die Opposition, die allein der Revolution treu geblieben ist, wir zählen zu unseren Verbündeten Urbahns, Ruth Fischer, Maslow usw. Da habt ihr die praktischen Konsequenzen, die ihr aus eurer Zusammenbruchsanalyse erntet. Das sind die Resultate, aus denen man ersehen kann, wie lächerlich die ganze Argumentation der Gegenseite ist. Uns beschuldigen sie des Niederganges, während sie selbst einig, eng verbunden sind — sie haben es selber zugegeben — mit den wirklich entarteten Elementen, mit der offenen Gegen-

revolution, mit den geschworenen Feinden der Revolution, der Sowjetunion und des Kommunismus.

Wir sollen uns auf dem Weg zur II. Internationale befinden! Wer? Wer, frage ich euch? Etwa unsere Parteien in Westeuropa, unsere deutsche Partei oder die französische oder die englische? Befinden sich diese Parteien vielleicht auf dem Weg zur II. Internationale? Jene Parteien, die angestrengt arbeiten und kämpfen, um die Aufgaben zu lösen, die ihr ihnen selbst vorgeschrieben habt, die Genosse Trotzki selbst auf dem 3. Kongreß aufgezeigt hat und die darin besteht, Schritt für Schritt die breiten Arbeitermassen dem Einfluß der Sozialdemokraten zu entreißen, den Einfluß der Kommunistischen Partei auf sie zu verstärken, die Arbeitermassen für den Kommunismus zu gewinnen, indem man mit ihnen gemeinsam alle Tageskämpfe durchkämpft, in denen sie gegen die Bourgeoisie und den Kapitalismus mobilisiert werden können. Sind das die Parteien, die sich auf dem Wege zur II. Internationale befinden? Nach Jahren unablässiger, harter Kämpfe beginnen gerade diese Parteien heute die Früchte ihrer Arbeit zu ernten. Genosse Trotzki sieht nicht, daß in ganz Westeuropa die Massen, die bisher hinter der Sozialdemokratie herliefen, gerade in Bewegung geraten, mit dem Kommunismus zu sympathisieren beginnen und in einer ganzen Anzahl von Kämpfen schon an unserer Seite und nach unseren Parolen gekämpft haben. Gerade in diesem Augenblick stehen wir vielleicht am Vorabend einer schweren Krise der Sozialdemokratie in verschiedenen Ländern. In anderen Ländern stehen wir mit ihr im schärfsten Kampf. Und in diesem Moment will uns Trotzki erzählen, daß wir uns auf dem Wege zur Sozialdemokratie befinden. Das ist nicht nur falsch, das ist einfach lächerlich!

Wir gehen zur II. Internationale! Etwa unsere italienische Partei, die Partei, die in der illegalen Arbeit ihre Kräfte und ihren Einfluß verzehnfacht hat, geht sie zur II. Internationale? Oder etwa unsere illegalen Parteien, die fast überall von Regierungen, die mit der Sozialdemokratie eng verbündet sind, unterdrückt und verfolgt worden sind, gehen diese Parteien vielleicht zur II. Internationale? Oder etwa die russische Partei, die seit zehn Jahren das Werk der Arbeiter- und Bauern diktatur verteidigt, geht die russische Partei etwa zur II. Internationale? Die Partei, die am Aufbau des Sozialismus arbeitet, auf Grund der politischen Linie, welche die Internationale von Grund auf geprüft und als die Fortsetzung der Linie anerkannt hat, die von Lenin selbst vorgezeichnet worden ist!

Aber vielleicht befindet sich unsere chinesische Partei auf dem Weg zur II. Internationale? Die Partei, die in der Revolution ihre Feuertaufe erhalten hat, die ihre besten Kräfte heldenmütig in den bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus wirft und dort opfert?

Ich frage noch einmal: Welches Ziel verfolgte Trotzki mit seiner Erklärung, nach allen Diskussionen, die hier stattgefunden haben? Und ich sage, diese Erklärung kann nur ein Ziel, nur eine einzige Bedeutung haben, nämlich eine Plattform für alle diejenigen zu schaffen, die sich von uns trennen wollen, für diejenigen, die außerhalb unserer Reihen gegen uns den Kampf führen und um unsere Parteien und die Internationale zu zerstören. Sie kann kein anderes Ziel, keine andere Bedeutung haben.

Wir müssen Trotzki dieselben Fragen stellen, die wir vor zwei Jahren dem Genossen Bordiga gestellt haben, als er in unseren Sitzungen genau dieselben

Dinge vorbrachte, die heute Trotzki wiederholt. Was wollt ihr? Wie weit wollt ihr gehen? Was ist euer Endziel?

Antwortet offen darauf. Aber die Tatsachen sprechen schon für sich. Und wir haben die Pflicht, rücksichtslos zu erklären, daß eure ganze Arbeit hinausläuft auf eine Spaltung der III. Internationale und unserer kommunistischen Parteien.

Objektiv kann in der gegenwärtigen Situation die Haltung Trotzki und der Opposition nur diese eine Bedeutung haben. Nur die Vorbereitung einer Spaltung kann die Absicht eines Genossen sein, der in einem so ernsten Moment, am Abschluß unserer Arbeiten, uns nichts anderes bietet, als eine Plattform für alle die — ihr Vorhandensein vorausgesetzt —, die sich von uns trennen wollen, die uns schon verlassen haben und heute offen gegen uns den Kampf aufgenommen haben, eine Plattform, auf der sich alle Elemente zusammenfinden werden, die wir auf unserem Wege abgestoßen haben, die unsere Bewegung verraten und die sich schon teils offen, teils versteckt mit dem Klassenfeind verbündet haben.

Wenn die Erklärung Trotzki so aufgefaßt werden muß, so ist es eine recht merkwürdige Form, um dem Feinde Armeen gegen uns zuzuführen und unseren ärgsten Gegnern zu helfen.

Wir haben davon Abstand genommen, die Genossen Trotzki und Wujowitsch aus der Exekutive auszuschließen. Wir haben sie nicht ausgeschlossen, weil wir peinlichst darauf bedacht sein wollten, die Demokratie innerhalb der Partei bis zur äußersten Grenze zu wahren. Aber wir sind uns bewußt, daß in bestimmten Augenblicken die Parteidemokratie im Interesse der revolutionären Arbeit hintangestellt werden muß.

Wir wissen heute, daß wir alle Kräfte zusammenfassen müssen, unsere Kräfte vervielfachen, unseren Willen konzentrieren müssen, um die uns gestellten Aufgaben durchzuführen und den Angriffen der Gegner, die uns von allen Seiten umringen, entgegenzutreten.

Aber die Opposition möge sich dessen bewußt sein, daß unsere Kampfbereitschaft auch allen denen gilt, die uns zu verwirren trachten, uns in unseren eigenen Reihen bekämpfen wollen und unsere Kraft im entscheidenden Augenblick zu schwächen versuchen.

Das gilt als letzte Warnung, die wir an die Genossen von der Opposition richten. Es liegt an ihnen, ob sie sie hören wollen oder nicht.

BENNET:  
DIE REGIERUNG BALDWIN UND DER  
GENERALRAT

Am Vorabend der großen Schlacht der Bergarbeiter schloß die Regierung Baldwin ein festes Bündnis mit dem Generalrat zur gemeinsamen Unterstützung der Bergwerksbesitzer.

Vergeblich warteten die Herrschaften im Generalrat auf Dankbarkeit. Die Regierung Baldwin gab der sichtbaren Zufriedenheit mit den treuen Diensten ihrer Lakaien Ausdruck, erklärte aber dabei ruhig und bestimmt, daß man sich auf die Herrschaften im Generalrat nicht ganz verlassen darf, weil sie ihren Einfluß in den breiten Massen verlieren. So begründete der Diehard und Grubenbesitzer Stanley Baldwin die Notwendigkeit des Zucht-hausgesetzes gegen die Gewerkschaften. Vergeblich waren die flehentlichen Beteuerungen der Clynes und Thomas, daß sie selbst alles tun würden, um die Arbeiter im Zaume zu halten. Unerbittlich antwortete Baldwin: „Eine Peitsche brauchen wir trotzdem.“

Baldwin will sich aber nicht einmal mit dem drakonischen Gewerkschaftsgesetz begnügen. Er weiß, daß Macdonald, ebenso wie der Generalrat, auf Ehre und Gewissen den Stützen des Kapitalismus und Imperialismus gedient hat: er verstärkte die Kriegsmacht des Imperialismus, er bediente sich des ganzen Staatsapparates zum Kampf gegen die Streikenden, er beobachtete das ganze Hofzeremoniell, mit achtungsvoller Höflichkeit begegnete er den Lords des Oberhauses. Baldwin behauptet jedoch, daß im Innern der Arbeiterpartei neue Kräfte heranreifen, die die Arbeiterpartei zu „wahnwitzigen Taten“ treiben können. Deshalb ist Baldwin jetzt mit dem Gedanken beschäftigt, das Oberhaus zu reorganisieren, um eine neue Fuchtel, diesmal gegen das Unterhaus, in die Hände zu bekommen.

Baldwin geißelt die liberalen Führer der Arbeiterpartei und die Leute vom Generalrat mit verschiedenen Peitschen auf das grausamste, diese aber zeigen nach jedem Schlag eine immer größere und größere Dienstfertigkeit. Jetzt sind wir Zeugen der rührenden Verwirklichung einer Einheitsfront zwischen der Baldwin-Regierung und dem Generalrat gegen den ersten sozialistischen Staat. Dem Wesen nach ist diese neue Einheitsfront nur die Fortsetzung jener Verschwörung, die gegen die Bergarbeiter zustande gekommen war. Der Generalrat bringt seine Außenpolitik mit seiner Innenpolitik in Uebereinstimmung, indem er dem „elementaren Selbsterhaltungstrieb“ gehorcht.

Die „neue“ Linie des Generalrats gegenüber der USSR steht nicht nur logisch, sondern auch politisch im Zusammenhang mit seiner Politik gegenüber den Bergarbeitern. Noch im Januar dieses Jahres gelang es dem Generalrat, von der Konferenz der Bürokraten die Verurteilung der Bergarbeiter und eine Sanktion seiner Politik zu erlangen. Im Mai begann sich das Bild schroff zu verändern. Die geschichtliche Nachprüfung zeigte, daß die ganze ökonomische Argumentation des Generalrats für die Herabsetzung

der Löhne der Bergarbeiter auf Sand gebaut war. Die Bergwerksbesitzer erreichten nicht nur die Lohnkürzung, sondern nutzten auch weitgehend das Geschenk Baldwins — die gesetzliche Verlängerung des Arbeitstages — aus. Außerdem wußten sie den Bergarbeitern Privilegien zu nehmen, die durch Jahrhunderte alte Tradition geheiligt waren. Man hätte meinen können, daß alles getan sei, um die kranke Bergbauindustrie auf Kosten der Bergarbeiter zu retten. Aber es trat keine Gesundung ein.

Von der neuen Krise im englischen Bergbau sprechen jetzt alle, außer den Herrschaften vom Generalrat. „Times“ beschreibt mit erstaunlicher Deutlichkeit das Chaos dieses wichtigsten Industriezweiges, mit dem gegen acht Prozent der Bevölkerung der britischen Inseln verbunden sind, und der mit zehn Prozent am gesamten Export Englands beteiligt ist, und schließt damit, daß die Magnaten der Bergwerksindustrie aus der Erfahrung der langandauernden Krisen und Erschütterungen nichts gelernt haben. „Manchester Guardian“ erklärt, daß ein neuer Bergarbeiterstreik unvermeidlich wäre, wenn die Organisation nicht durch den langen Kampf des vorigen Jahres geschwächt wäre. Und das Organ der Bergwerksbesitzer, „Coalery Guardian“, fügt hinzu, daß eine schwere Depression in allen Bezirken herrscht und daß die Bergwerksindustrie nicht imstande ist, den Bergarbeitern sogar den elenden Arbeitslohn auszuzahlen, den die Bergwerksbesitzer den ausgehungerten Bergarbeitern aufgezwungen haben.

Die Kurve der Arbeitslosigkeit im Bergbau ist in ständigem Steigen begriffen. Nach der offiziellen Statistik hat die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter 200 000 überschritten. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, behauptet, daß, wenn man dieser Zahl die Bergarbeiter, die unter teilweiser Arbeitslosigkeit leiden, hinzufügt, die gesamte Summe der Arbeitslosen 300 000 betrüge. Was den Arbeitslohn betrifft, so fällt er andauernd, wobei der „Manchester Guardian“ bemerkt, daß in einigen Bezirken die Abwärtsbewegung des Arbeitslohnes einen katastrophalen Charakter trägt.

Etwa dasselbe Bild bietet sich uns in der Stahl- und Eisenindustrie. Bis Ende April wiegte die bürgerliche Presse die Oeffentlichkeit mit Märchen über das Aufblühen und die Wiedergeburt ein, am 7. Mai aber war die Handelsbeilage der „Times“ gezwungen, mitzuteilen, daß man in Sheffield auf die Notwendigkeit einer künftigen Produktionseinschränkung hinweise, da die alten Aufträge — es ist die Rede von den Aufträgen, die sich während des Bergarbeiterstreiks angehäuft hatten —, bereits erschöpft sind. Am 14. desselben Monats stellt das gleiche Organ einen „verzweifelten Unterton“ in den Berichten aus Schottland fest. Und noch eine Woche später stellte dieselbe Zeitung den Beginn einer Depression in Birmingham fest. Sogar „Daily Herald“ war gezwungen, mit einem scharfen Artikel gegen die Fabeln über das Wohlergehen der Eisen- und Stahlindustrie aufzutreten. („Daily Herald“ vom 10. Juni d. J.)

Auch in der Textilindustrie steht es nicht gut. Am 22. Juni veröffentlichte Ben Turner im „Daily Herald“ eine Erklärung, wonach Anzeichen eines neuen Angriffs auf den Arbeitslohn und den Arbeitstag der Textilarbeiter vorhanden sind. Die Notwendigkeit dieses Angriffes liegt in der Unfähigkeit der Textilindustrie, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Die Zeitschrift „Economist“ erklärt einfach, daß der Schlüssel zur Lage in Lancashire in China liegt.

Wir wollen uns nicht mit der Analyse aller anderen Industriezweige aufhalten. Es genügt, zu sagen, daß die grundlegenden Industriezweige weiter im Zustand der Zerstäubung, der Unorganisiertheit und chronischen Depression ihr Dasein fristen, und daß sich nur diejenigen Industriezweige entwickeln, die Luxusartikel herstellen. Die Weltwerkstatt wird allmählich zum typischen parasitären Reich, das die Wohltaten der Ausbeutung und der Unterdrückung der kolonialen und halbkolonialen Völker genießt.

In dieser ökonomischen Lage finden wir den Schlüssel zum Verständnis von Baldwins militaristischer Außenpolitik und reaktionärer Innenpolitik. Aber die Politik des Generalrats kann sich nicht prinzipiell von der Politik Baldwins unterscheiden. Die Bürokratie der englischen Arbeiterbewegung hat doch für immer ihr Schicksal mit dem Schicksal des englischen Imperialismus verbunden. Da sie sich vom Klassenkampf losgesagt hat, ist sie gezwungen, ihre Hoffnungen auf die militärischen Erfolge des britischen Imperiums zu setzen. Der Generalrat schweigt deshalb in bezug auf den Feldzug gegen die chinesische Revolution. Dieses Schweigen ist ein beredtes Zeichen der Unterstützung.

Der Feldzug gegen die chinesische Revolution ist unmittelbar mit den Vorbereitungen des Feldzuges gegen die USSR verbunden. Der Abbruch der Beziehungen mit der USSR stellt eine wichtige Etappe auf diesem Wege dar. Der Weg ist schwer und kompliziert, die Sympathien der englischen Arbeiter zum ersten sozialistischen Staat sind nicht nur nicht im Fallen begriffen, sondern sie steigen. Eine stillschweigende Unterstützung der Regierung genügt nicht. Der Generalrat muß sich aktiv an der Vorbereitung und Organisation des Feldzuges gegen die USSR beteiligen, ebenso wie er sich aktiv an der Organisation und Durchführung des Feldzuges gegen die Bergarbeiter beteiligt hatte.

Die aktive Unterstützung des Generalrats hat darin ihren Ausdruck gefunden, daß er gemeinsam mit den gelben Führern der Arbeiterpartei die Hinrichtung der 20 Gegenrevolutionäre und internationalen Spione in der USSR verurteilt hat. Diese humanitären Pazifisten haben den Finger nicht gerührt, als die friedliebende Regierung Macdonalds die Bevölkerung im Irak mit Bomben traktierte und durch besondere Zuchthausgesetze die Massenerschießungen in Indien förderte. Sie konnten natürlich nicht protestieren — sie waren es ja selber, die das machten. Jetzt schweigen sie schändlich angesichts der blutigen Abschlachtungen in China. Sie protestieren nur, wenn die revolutionäre Gerichtsbarkeit die Feinde der ersten Republik der Arbeit vernichtet.

Aber der Generalrat begnügte sich nicht mit diesem scheinheiligen, gemeinen Protest, der ein Teil der ideologischen Vorbereitung des Krieges gegen die USSR ist. Als ein Hindernis auf seinem Wege erscheint das Anglo-Russische Komitee, und nun geht er von der Politik der Sabotage zur Politik der Sprengung über. Er hat nicht nur den Vorschlag des Allrussischen Zentralrats auf Einberufung des Anglo-Russischen Komitees zum Kampf gegen den Krieg abgelehnt, sondern er beauftragte sein Komitee für auswärtige Angelegenheiten, ein Memorandum zusammenzustellen, das, nach den Worten des „Manchester Guardian“, nicht eine Kritik der Politik des britischen Imperialismus, sondern eine Kritik der „Mißbräuche“ des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften enthalten wird.

Elende Feiglinge, die gewohnt sind, die Türschwellen der Mächtigen dieser Erde abzutreten, nehmen die Haltung frecher Schufte ein, wenn die Rede auf die USSR kommt. Die ganzen „Mißbräuche“ des Allrussischen Zentralrats bestehen darin, das diese führende Körperschaft der revolutionären Gewerkschaften des ersten sozialistischen Staates den Mut hat, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen. Den schwarzen Verrat vom 12. Mai hatte er schwarzen Verrat genannt. Die Unterstützung der Regierung Baldwins bei der Vorbereitung des Krieges gegen die USSR nennt er Dienst für den Imperialismus gegen die Werktätigen. Der Mißbrauch besteht, sagt man, darin, daß der Zentralrat sich in Sachen einmischt, die ihn nichts angehen. Gleichzeitig aber haben diese Kämpfer für die Autonomie die Stirn, mit einem Angriff gegen die Sowjetunion, die von räuberischen Feinden umgeben ist, aufzutreten und ihren rechtmäßigen Kampf zum Schutz der Republik der Werktätigen zu kritisieren.

Das „heldenhafte“ Auftreten des Generalrats hat einen freudigen Widerhall in der bürgerlichen Presse gefunden. Es ist klar, daß die Politik der Sprengung des Anglo-Russischen Komitees die Ausführung von Richtlinien jener Herren des Generalrats ist, auf deren Stimme diese Lakaien hinzuhorchen gewohnt sind. Um so mehr haben wir Grund, mit dem Generalrat und der Regierung Baldwin um das Anglo-Russische Komitee zu kämpfen.

Der Kampf um das Anglo-Russische Komitee besteht in der heutigen Situation vor allen Dingen in der schonungslosen Enthüllung der Feigheit und Gemeinheit des Generalrats. Von diesem Standpunkt aus müssen wir auf das lebhafteste den neuen Aufruf des Allrussischen Zentralrats an die Werktätigen der Welt begrüßen, in dem er die Politik des Generalrats brandmarkt. Die jetzige Erklärung des Allrussischen Zentralrats muß man mit der Erklärung der Sowjetgewerkschaften anlässlich des Verrats des Generalstreiks vergleichen. Die neue Politik des Generalrats den Arbeitern der Sowjetunion gegenüber erscheint als die Fortsetzung der Politik gegenüber den Bergarbeitern und gegenüber allen englischen Arbeitern zusammengekommen. Der Allrussische Zentralrat hat es verstanden, den Arbeitern der ganzen Welt die Wahrheit über die neuen Verbrechen der Leute zu sagen, die sich immer noch in die Toga von Vertretern der Arbeiterklasse kleiden.

Die Amsterdamer Internationale bereitet die öffentliche Meinung der Welt auf eine Rechtfertigung des neuen Verbrechens des Generalrats vor. Die Januarkonferenz der englischen Ortsausschüsse hatte den Verrat vom 12. Mai gebilligt. Die Führer Amsterdams wollen den bevorstehenden Amsterdamer Kongreß in eine internationale Fortsetzung der Januarkonferenz verwandeln. Der Bericht des Exekutivkomitees von Amsterdam ist voll von Vorwürfen gegen die Sowjetgewerkschaften und im speziellen gegen den „Mißbrauch“ der Freundschaft der englischen Arbeiter durch den Allrussischen Zentralrat. Die englischen Arbeiter und im besonderen die englischen Bergarbeiter sind Zeugen dafür, wer Freundschaft und Vertrauen mißbrauchte und wer wahre Solidarität bewiesen hat. Der Sinn des Anglo-Russischen Komitees aber bestand und besteht nicht im Kontakt mit Reformisten und Verrätern, sondern im Kontakt mit den breiten Massen gegen die Reformisten und Verräter.

HERMANN REMMELE:  
DIE GELBE KRIEGSFRONT GEGEN DIE  
SOWJETUNION

Im August wird in Paris eine der widerlichsten Komödien in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Szene gehen. Nachdem in Genf die imperialistischen Räuber über die Verteilung des Felles Sowjetrußlands die erste Fühlung genommen haben, beeilen sich auch ihre Helfer, ihre Unersetzlichkeit zu beweisen. Diesem Zwecke soll der 4. Gewerkschaftskongreß des IGB dienen.

Es ist nicht der übliche Internationale Kongreß des IGB, sondern es ist die Kriegstagung dieser „Arbeiter“-Internationale mit der offenen und unverhüllten Kriegsfront gegen Sowjetrußland. Genau so wie Chamberlain und Churchill versuchen, alle kapitalistischen Länder in die Antisowjetfront einzureihen, genau so versucht es der IGB, alle Gewerkschaften der Welt in eine geschlossene Einheitsfront gegen das russische Proletariat zu bringen. Alle gewerkschaftlichen Landeszentralen, auch die, die der Amsterdamer Internationale nicht angehören, sind zu dieser Tagung eingeladen, mit Ausnahme der russischen Gewerkschaften. Das zeigt deutlich den Zweck dieser Veranstaltung als die Einkreisungstagung gegenüber dem russischen Proletariat.

Dem IGB sind 22 Landeszentralen angeschlossen, die Gewerkschaften aus mehr als 50 Ländern gehören ihm nicht an. Die Amsterdamer zählen nach ihren eigenen Angaben eine Armee von  $13\frac{1}{2}$  Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Im ganzen gibt es aber etwa 35 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, von denen rund 10 Millionen in der Roten Gewerkschaftsinternationale stehen. Zu keiner Gewerkschaftsinternationale gehören etwa 10 bis 12 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, eine ganz ansehnliche Armee, die gleichfalls vor den Karren der Imperialisten gespannt werden sollen. Zu diesen Gewerkschaften gehören vor allem die von Nord- und Südamerika, Australien, Afrika und den asiatischen Kolonien. Dann aber auch die Gewerkschaften in Norwegen, Finnland, einigen baltischen und Balkanstaaten.

Der IGB beschränkte sich in der Vergangenheit lediglich auf die europäischen Gewerkschaften. Die „farbigen“ organisierten Arbeiter wurden von den Führern der Arbeiteraristokratie nie für „stubenrein“ erachtet. Doch im letzten Jahre sehen wir plötzlich die Amsterdamer ihr „farbig“ Herz entdecken. Eine englisch-deutsche Agitationskolonne der Amsterdamer „arbeitet“ seit Monaten in Indien, holländische Führer tauchen plötzlich in Indonesien auf, über Skandinavien und die baltischen Länder läßt sich ein ganzer Schwarm der gelben Vögel nieder, die ADGB-Leute Tarnow und Genossen empfinden plötzlich eine besondere Vorliebe für Amerika, Sassenbach versucht sein Glück auf dem südlichen Balkan, in Bulgarien, Griechenland, in der Türkei und Aegypten, und läßt sich an den meisten Plätzen

auspfeifen — ja, die Liebe zu den Amsterdamern ist nicht überall so groß wie in den „auserwählten Nationen“ in Europa.

Warum all diese Bemühungen? Die Führer der Amsterdamer Internationale stehen bereits im Kriegsblock Chamberlains. Sie wissen, daß man nicht so ohne weiteres wie 1914 die europäische Arbeiterschaft für die Interessen der Imperialisten auf die Schlachtbank führen kann. Sie suchen Hilfstruppen in den Arbeitermassen der Kolonien. Der Produktions- und Verkehrsapparat darf während eines neuen Krieges nicht ins Stocken geraten. Man braucht also treue und ergebene Arbeitermassen, ganz besonders in den Randgebieten der Sowjetunion, die ja das Aufmarschgebiet und bei einem Eindringen das Hinterland bilden, das ganz besonders gesichert sein muß. Das erklärt die zähen Anstrengungen der Amsterdamer Führer, die plötzlich entdecken, daß die Finnen, Indier, Chinesen und andere „minderwertige Völker“ ja auch „Menschen“ und sogar „Klassengenossen“ sind.

Besonderen Wert legt der IGB auf die Gewinnung der Gewerkschaften in Finnland und den baltischen Staaten und auf die Gewerkschaften in Indien und China. Das sind militärische Aufmarschgebiete gegen Sowjetrußland, und da gilt es, zuverlässige und dem Imperialismus treu ergebene Gewerkschaften zu haben. Alle diese Truppen sollen in Paris Heerschau halten, um den Auftraggebern Zeugnis ihrer treuen Hingabe an die Sache der „Rettung der Zivilisation und der Kultur“ abzulegen.

Wie sehr das Unternehmen dieses Kongresses dem Zwecke der Einkreisung des russischen Proletariats dient, beweist das Programm und die Tagesordnung, die vorgesehen ist. Wir greifen nur einen Punkt heraus. Punkt 9 der Tagesordnung lautet: „Abrüstungsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus.“ Referent zu diesem Punkt ist Herr Jouhaux, der Bettgenosse des famosen Herrn Boncour, der im Auftrage Poincarés jene berühmte Vorlage zur Militarisierung des ganzen französischen Volkes ausarbeitete, der auch Herr Jouhaux seine begeisterte Zustimmung gab. Ausgerechnet der Mann in der Amsterdamer Internationale, der ganz Frankreich in einen Kasernenhof verwandeln will, ist der Verkünder „gegen den Militarismus und für die Abrüstung“. In der Tat: die Amsterdamer haben weltgeschichtlichen Humor. Dieser Zynismus ist wohl kaum noch zu überbieten.

Und doch, das ist noch nicht alles. Dem Kongreß liegt heute schon ein Vorschlag vor, wie der „Kampf gegen den Militarismus, Krieg und für die Abrüstung“ verstanden werden soll. Unter Abschnitt „Abrüstung“ findet sich in dem zum Kongreß herausgegebenen Material ein Antrag folgenden Wortlauts:

#### „A b r ü s t u n g s f r a g e

Antrag Großbritanniens: Der Kongreß bestätigt neuerdings seine Gegnerschaft gegen Krieg und Militarismus und verpflichtet sich, fortgesetzt für die Beseitigung dieser beiden Uebel zu kämpfen. Er bestätigt das Prinzip des Schiedsgerichts und die Notwendigkeit der obligatorischen Schlichtung aller zwischen den Nationen sich ergebenden Konflikte durch den Völkerbund.

Der Kongreß begrüßt jeden Schritt in der Richtung der Abrüstung und der Verhinderung der privaten Herstellung sowie des direkten und indirekten Handels von Munition und Kriegsmaterial. Er macht in diesem Zusammenhang auf die Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission aufmerksam und fordert alle die Landeszentralen auf, ihre Regierungen zu einer so menschlichen und versöhnlichen Haltung zu bewegen, die zur Aufstellung einer Konvention führen kann, durch die das Problem tatsächlich gelöst wird.“

Selten zuvor hat diese famose „Arbeiterinternationale“ so offenkundig und freimütig bekundet, daß sie nur eine Filiale des Kriegsrüstungsbundes ist, der sich Völkerbund nennt. Die „Gegnerschaft gegen Krieg und Militarismus“, „dieser beiden Uebel“, ist wahrhaft nicht übel. Die Leipart, Graßmann, Oudegeest, Mertens, Jouhau und Genossen, von denen die einen dem Militärbudget „ihrer“ Regierung unbedenklich zustimmen, die anderen noch weit über die Forderungen „ihrer“ eigenen Imperialisten hinausgehen und fordern, daß selbst die Frauen und Kinder in die „Nation in Waffen“ eingereicht werden, wie mögen sie bei der Zustimmung zu dieser Deklaration sich ins Fäustchen lachen. In den Parlamenten „ihrer“ Regierungen für die „Militarisierung der ganzen Nation“, für jedes Militärbudget, und auf der „Arbeitstagung“ „Gegnerschaft gegen Krieg, Militarismus und für Abrüstung“. Wie lange werden die Arbeiter diese zynischen Betrüger noch dulden? Wie sagte Lenin:

„Die Predigt der „Abrüstung“, die namentlich an die jetzigen Regierungen der imperialistischen Großmächte gerichtet ist, dient nur dazu, die Arbeiter vom revolutionären Kampfe abzulenken. Den Arbeitern wird durch solche Predigten der Gedanke eingepflegt, als ob die jetzigen bürgerlichen Regierungen der imperialistischen Mächte nicht durch die tausend Fäden des Finanzkapitals und Hunderte von entsprechenden (d. h. räuberische imperialistische Kriege vorbereitenden) Geheimverträgen miteinander verbunden wären.“

Zur gleichen Zeit, wo die imperialistischen Räuber auf offenem Markt ihre Kriegsbündnisse verhandeln, wo alle imperialistischen Regierungen einen militärischen Bündnisvertrag nach dem andern abschließen, wo offen und mit aller Energie zum Kriege gerüstet wird, wagen diese Lakaien der Chamberlain und Churchill den Arbeitern das Märchen vom „Prinzip des Schiedsgerichts und der obligatorischen Schlichtung aller zwischen den Nationen sich ergebenden Konflikte durch den Völkerbund“ vorzusetzen. Zur selben Zeit, wo die ganze internationale Presse bis ins eingehendste die Einkreisungspolitik, den Abbruch der Beziehungen, die räuberischen Ueberfälle auf die Gesandtschaften und was es sonst noch an kriegsvorbereitenden Provokationen gegen die Sowjetunion gibt, behandelt, heuchelt diese Gesellschaft, „der Kongreß begrüßt jeden Schritt zur Abrüstung usw.“, als ob der Kapitalismus irgendwo einen solchen Schritt unternommen hätte.

Dann soll verhindert werden „die private Herstellung und der private Handel von Munition und Kriegsmaterial“ usw. Ja, vielleicht könnte es den unterdrückten Kolonialvölkern oder der Sowjetunion gelingen, Kriegsmaterial und Munition zu erhalten, was doch unangenehm für die englischen und anderen Räuber sein würde. Die gelben Trabanten der englischen Einbrecherregierung verstehen ihr Geschäft wirklich aus dem Effeff und kommen so zum Schluß zu ihrer „menschlichen und versöhnlichen Haltung“, „die das Problem tatsächlich lösen wird“.

Auch wir sind der Auffassung, daß „das Problem wirklich gelöst wird“, aber in einem anderen Geiste, als die gelben Vögel im IGB bisher sich die Sache träumen ließen. Es tut Not, den Burschen die Maske vom Gesicht zu nehmen, noch ehe sie in Paris das Maul aufreißen und bevor der Donner der Kanonen beginnt.

W. Z. FOSTER:  
NEUE AMERIKANISCHE ERSCHEINUNGEN DES  
REFORMISMUS

Der Aufschwung des amerikanischen Imperialismus bringt in den Vereinigten Staaten die Entwicklung eines spezifisch amerikanischen Typus des Reformismus mit sich. Dieser Reformismus, der wohl im Grunde der gleiche ist, wie der traditionelle der europäischen Sozialdemokraten, besteht in einer ganzen Reihe von verstärkten Methoden der Klassenarbeitsgemeinschaft in der Industrie, in der Finanz und in der Politik, Methoden, die verhältnismäßig neue Formen annehmen. So ist diese Art von Reformismus ein Teil der gegenwärtigen Generaloffensive der Unternehmer gegen die Ideologie und die Organisationen der Arbeiterklasse. Dieser amerikanische Reformismus ist von seinen Urhebern, der Gewerkschaftsbürokratie und verschiedenen bürgerlichen Ökonomen, die „höhere Strategie der Arbeit“ genannt worden. Er hat internationale Bedeutung und Tragweite durch den Umstand erlangt, daß sozialdemokratische Führer sich bemühen, ähnliche Methoden in verschiedenen Ländern Europas anzuwenden.

In ihrem aggressiven Kampf um die Beherrschung der Welt fühlen die amerikanischen Kapitalisten, daß ihnen zweierlei nottut: eine billige Produktion und eine gefügige Arbeiterklasse. Um diese Ziele zu verwirklichen, haben die Unternehmer eine ganze Reihe von Bewegungen und Organisationen ins Leben gerufen, deren Zweck es ist, die Arbeiter in der Industrie zu gesteigerter Tätigkeit anzuspornen und das Wachstum des Klassenbewußtseins und irgendwelcher Kampforganisationen zu verhüten. In dieser Absicht werden die Unternehmer durchwegs von der Bürokratie des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL) unterstützt. Auf diese Bürokraten trifft heute mehr denn jemals das Wort Lenins von den „Agenten der Bourgeoisie“ in den Reihen der Arbeiter zu. Daher ihre „höhere Strategie der Arbeit“.

Diese sogenannte höhere Strategie der Arbeit ist kurz gesagt eine Preisgabe des Kampfes der Werktätigen an allen Fronten. Ihre Theorie ist eine vollkommene Verneinung des Klassenkampfes. Die Verfechter dieser Theorie erklären, daß die Arbeiterbewegung drei Stufen durchgemacht hat, wie dies Warren S. Stone von den Lokomotivführern in der Zeitschrift „Worlds Work“ vom November 1924 festgestellt hat:

Die erste Periode war eine Periode, während der das Klassenbewußtsein sich entwickelte. Die zweite Periode war ein Defensivkampf für den Grundsatz des Kollektivvertrages. — Dies war und ist eine Periode des Kriegszustandes. Die dritte Phase, der dritte Zyklus liegt in der aufbauenden Entwicklung in der Richtung eines Systems, das mehr Zusammenarbeit als Krieg ist.

In Übereinstimmung mit dieser Theorie haben die Gewerkschaftsführer praktisch jeden Gedanken an einen Widerstand gegenüber den Unternehmern aufgegeben. Sie sagen sich immer mehr und immer rascher von

der Theorie und Praxis des Streiks los. Ihr ganzes Programm ist das einer engen Zusammenarbeit mit den Unternehmern und schließt in sich eine Preisgabe der Arbeiterinteressen an die Unternehmer, und zwar in einem derartigen Ausmaße, wie es bisher selbst in der reaktionären Arbeiterbewegung Amerikas unbekannt war.

Die verschiedenen Formen der Klassenarbeitsgemeinschaft, wie sie jüngst entwickelt wurden und schließlich in der reformistischen Formel der „höheren Strategie der Arbeit“ ihren theoretischen Ausdruck gefunden haben, begannen nach einer Reihe großer Streiks in den Jahren 1919 bis 1923 Gestalt anzunehmen. Es war dies die Nachkriegsoffensive der Unternehmer gegen die Verbände. Der Kampf tobte in einer Reihe von Industrien, in der Stahl-, Konserven-, Papier-, Nadel-, Schuh- und Textilindustrie, in der Handelsmarine, im Transport- und Baugewerbe etc. Die Unternehmer suchten die Arbeiter all der Errungenschaften der Organisation und des Lebensstandards zu berauben, die diese im Laufe des Krieges erworben hatten. Die Gewerkschaftsverbände wurden geschlagen. Dies war besonders in dem großen Streik der Eisenbahnwerkstättenarbeiter im Jahre 1922 der Fall. Dieser verlorene Streik kostete die Eisenbahngewerkschaften ganze 600 000 Mitglieder.

Nach diesen zahlreichen Niederlagen gab die Gewerkschaftsbürokratie praktisch jedes Bestreben, die mächtigen Kapitalisten zu bekämpfen, auf. Sie tauchte immer tiefer in der krassen Arbeitsgemeinschaft unter und entwickelte eben jene verschiedenen Bewegungen und Organisationen, die sie zuletzt theoretisch als das System der „höheren Strategie der Arbeit“ festgelegt hat.

#### Der neue Reformismus in der Industrie

In der Industrie nimmt die sogenannte „höhere Strategie der Arbeit“ die Form einer intensiven Zusammenarbeit mit den Unternehmern an, um die Arbeiter anzutreiben und die Produktion zu steigern. Die Bürokraten geben vor, daß in dem Falle, daß die Arbeiter mehr produzieren würden, sie imstande sein werden, sich einen größeren Anteil an ihrem Produkt zu sichern. Die Losung lautet: Größere Produktion bedeutet höhere Löhne. So werden auf dieser Grundlage unter den Arbeitern weit und breit Illusionen gesät.

Dieses Antreiberprogramm, das nichts anderes ist, als der industrielle Rationalisierungsplan der Unternehmer, der von den Arbeiterführern voll und ganz unterstützt wird, nahm nach dem Eisenbahnerstreik vom Jahre 1922 konkrete Gestalt in dem Baltimore-Ohio-Plan an. Dieser Plan wurde durch die AFofL bestätigt. Der Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft („Cooperation“) mit den Unternehmern in der Produktion wurde in das offizielle Programm der Arbeiterbewegung unter dem Namen der „Neuen Lohnpolitik“ aufgenommen. Ihrem Wesen nach läuft die neue Lohnpolitik, auf der die Gewerkschaftsverbände immer mehr und mehr ihre Uebereinkommen mit den Unternehmern aufbauen, darauf hinaus, die Gewerkschaftsverbände in bloße Anhängsel des kapitalistischen Produktionsapparates zusammenschumpfen zu lassen und sie in Kompagnieverbände (company unions) zu verwandeln.

Die Großunternehmer haben ursprünglich die Bewegung zur Errichtung von Kompagnieverbänden, die bereits in zahlreichen Grund- und Schlüssel-

industrien Fuß gefaßt haben, zu dem Hauptzwecke ins Leben gerufen, um die Arbeiter zu erhöhter Leistung anzutreiben und das Wachstum des Klassenbewußtseins und der Klassenorganisationen unter ihnen zu verhüten. Zuerst haben die Gewerkschaftsführer direkte Opposition gegen die Verbreitung der Kompagnieverbände gemacht. Sie traten dafür ein, daß diese Verbände aus den industriellen Unternehmungen verschwinden müßten. Doch mit der Entwicklung der zahlreichen Betriebspläne, wie sie gemeinsam von den Leitungen der Unternehmungen und den Verbänden ausgearbeitet wurden, veränderte sich ihr Programm in ein solches, das tatsächlich den Zweck verfolgte, zusammen mit den Unternehmern die Produktion zu steigern. Mit dieser Methode sollten die Unternehmer dazu gebracht werden, die Kompagnieverbände aufzugeben und die Gewerkschaften anzuerkennen. Eigentlich aber arbeiten die Gewerkschaftsführer daran, die Gewerkschaften in eine Art von Kompagnieverbänden umzuwandeln. Ihr Plan ist es, praktisch die Kompagnieverbände überflüssig zu machen. Die Gewerkschaftszeitungen sind voll von Appellen an die Unternehmer, die Kompagnieverbände zu beseitigen und die Gewerkschaften anzuerkennen, die ihnen höhere Produktion gewährleisten werden.

Gewisse Unternehmer und bürgerliche Wirtschaftler sehen wohl diese Tendenz, die dahin geht, die Gewerkschaften in eine Art von Kompagnieverbänden umzuwandeln. Sie treten daher, unterstützt von den Arbeiterführern, als Fürsprecher dieser Umwandlung auf, ja, sie bewirken sogar in gewissen Fällen, daß die Kompagnieverbände mit den Gewerkschaften verschmolzen werden. So sagt W. Jett Lauck in seinem jüngst erschienenen Buch „Politische und industrielle Demokratie“ (S. 82) folgendes:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß Betriebskomitees (Kompagnieverbände) und umfassende Systeme der Angestelltenvertretung von grundlegender Wichtigkeit sind, doch sollten sie mit den gewöhnlichen Gewerkschaften koordiniert werden. So werden nicht nur die industrielle Demokratie und der Geist der Arbeitsgemeinschaft in der Industrie besser verwirklicht, sondern auch das größte Maß von Leistungskraft und Produktivität in der Industrie gesichert werden.“

Eine solche Verschmelzung würde von den Gewerkschaftsbürokraten nur begrüßt werden. Alles, was sie verlangen würden, wäre dies, daß ihre Gruppeninteressen dadurch geschützt werden, daß man den neuen entarteten Gewerkschaftsverbänden eine formale Unabhängigkeit gibt und gestattet, daß sie Mitgliederbeiträge erheben, so daß sie die Gehälter der Gewerkschaftsangestellten und die kapitalistischen Geschäftsunternehmungen der Gewerkschaften finanzieren können. Dafür würden die Gewerkschaftsführer in noch höherem Maße wie jetzt zu Agenten der Unternehmer in der Art der Faschisten werden, die es sich zur Aufgabe machen, die Arbeiter anzutreiben und allen Kampfwillen unter ihnen zu lähmen. Natürlich läßt man dabei die Interessen der Arbeiter vollkommen unter den Tisch fallen.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften („union-employer cooperation“) wird durch die Gewerkschaftsführer weit und breit propagiert. Auch die Unternehmer beginnen sich allmählich diesem System zuzuwenden, wenn auch noch die Masse der Unternehmer ihre alte Politik fortsetzt, die dahin zielt, alle Organisationen unter den Arbeitern zu zertrümmern oder bloße Kompagnieverbände aufrechtzuerhalten. Das System der Arbeitsgemeinschaft wird bereits bei verschiedenen

Eisenbahnen angewendet, es wird in anderen Industrien in wachsendem Maße eingeführt und wird von der offiziellen Arbeiterbewegung bestätigt.

Es braucht hier nicht im einzelnen dargelegt zu werden, daß dieses ganze Antreibersystem, das der Boden weit verbreiteter Illusionen ist, wonach die Arbeiter ihre Lage durch die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern verbessern können, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis falsch ist. Dieses System ignoriert die tiefgreifenden Folgen dieses Rationalisierungsprozesses, wie die Ueberproduktion, die Massenarbeitslosigkeit, die Verschärfung des internationalen Kampfes um Absatzmärkte und infolgedessen die Verschärfung der Kriegsgefahr etc. Es schwächt die Gewerkschaften und macht sie unfähig, den Unternehmern irgendwelche Zugeständnisse im Interesse der Arbeiter abzurufen. Wann und wo immer dieses System angewendet wurde, die Löhne der Arbeiter hat es nicht zu erhöhen vermocht. So hat die Baltimore-Ohio-Eisenbahngesellschaft im Jahre 1926 die größten Profite seit ihrem Bestehen eingeheimst, und kein geringer Anteil entfällt dabei auf die Methode der Bewirtschaftung, die durch den B-O-Plan eingeführt worden ist. Indessen erhalten die Werkstättenarbeiter dieser Eisenbahn, die gewerkschaftlich organisiert sind, um 4 bis 7 pence pro Stunde weniger, als die nicht organisierten Arbeiter der Pennsylvania-Eisenbahn.

Der Plan der Arbeitsgemeinschaft zwischen Verbänden und Geschäftsleitungen („union-management cooperation“), der die industrielle Phase des neuen Reformismus darstellt oder die „höhere Strategie der Arbeit“, fügt der Gewerkschaftsbewegung großen Schaden zu. Sie ist eine schwere Fessel, die jeden Kampf der Arbeiter hemmt. Sie verhütet den Aufbau von Gewerkschaften, der nur im Kampfe gegen die Unternehmer, nicht aber in Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern vollbracht werden kann. In den letzten vier Jahren hat sich die amerikanische Industrie in raschem Tempo vorwärtsentwickelt, doch die Gewerkschaftsverbände, die durch die Arbeitsgemeinschaftsillusionen jedes Kampfgeistes und jeder Kampfkraft beraubt waren, haben sich organisatorisch nicht gestärkt. Es gibt gegenwärtig weniger Streiks als in einem der letzten 20 Jahre. In den Teilen der Arbeiterbewegung, die den stärksten proletarischen Einschlag haben, besonders unter den Bergarbeitern, sind die Gewerkschaften stark zurückgegangen. Die Moral der Arbeiterbewegung steht tief. So bedroht also die ganze Richtung die ideologische und organisatorische Entwicklung der Arbeiterschaft.

#### Der neue Reformismus in der Finanz

In der Industrie bindet die „höhere Strategie der Arbeit“ den Werktätigen das Märchen auf, daß sie höhere Löhne erlangen werden, wenn sie den Unternehmern bei der Steigerung der Produktion behilflich sein werden. In der Finanz erzählt diese Strategie den Arbeitern und Angestellten, daß sie die Ersparnisse aus ihren Löhnen anlegen und damit die Kontrolle der Industrien kaufen sollen. Diese beiden leitenden Ideen, die die Basis des neuen Reformismus bilden, kommen direkt aus den sozialen Laboratorien der Kapitalisten, und sie werden durch die Lakaien derselben, die reaktionären Gewerkschaftsführer, popularisiert und in die Tat umgesetzt.

Gewisse Schichten des amerikanischen Proletariats, besonders die Ar-

beiteraristokratie, sind imstande, einen Teil ihrer Löhne als Ersparnisse beiseitezulegen, trotz des niedrigen Durchschnittslohnes von wöchentlich 31 Dollar für alle Kategorien der Arbeiter. Die Summe dieser Ersparnisse der gesamten Angestellten und Arbeiter — man kann sie in gewissem Sinne als das amerikanische Aequivalent der staatlichen Sozialversicherungsbeiträge in den europäischen Ländern bezeichnen — ist verhältnismäßig groß. Sie beläuft sich auf viele Millionen jährlich. Die Unternehmer haben schon lange Zeit versucht, diese Ersparnisse in Form von Versicherungsgesellschaften, Sparvereinen, Banken etc. anzulegen und zu kontrollieren. In den letzten Jahren haben sie diese Methoden erweitert, indem sie den Verkauf von Gesellschaftsanteilen und Aktien an die Arbeiter eingeführt haben.

Dieses System der Anteile für Arbeiter und Angestellte hat einen beträchtlichen Aufschwung für manche großen Institute mit sich gebracht. Berichte aus der letzten Zeit führen u. a. folgende Zahlen für wichtige Gesellschaften an: Die amerikanische Telephon- und Telegraphen-Gesellschaft beschäftigt 57 000 Arbeitnehmer, denen Anteile in Höhe von 170 Millionen Dollar gehören; die Stahlgesellschaft der Vereinigten Staaten beschäftigt 47 647 Leute, denen 100 Millionen an Aktien gehören; die Standard Oil Company von New Jersey 16 358 mit einem Aktienbesitz im Werte von 30 Millionen Dollar; die Philadelphia Rapid. Transit-Company 11 000 mit einem Aktienbesitz von 10 200 000 Dollar.

Im „Forbes Magazine“ vom 1. März 1927 wird folgendes gesagt:

„20 große industrielle, Eisenbahn- und andere Unternehmungen haben vor kurzer Zeit insgesamt 315 000 Arbeitnehmer verzeichnet, die Aktienbesitzer sind. Ihr Aktienbesitz hat einen Gesamtwert von 454 Millionen Dollar.“

Die reformistischen Anwälte des Kapitalismus preisen diese Bewegung für den Kauf von Anteilen weit über ihre Bedeutung hinaus. Sie propagieren sie als ein Allheilmittel für die wirtschaftlichen Uebel der Arbeiter. Sie erheben ein Geschrei darüber, daß nunmehr die Arbeiter zu Kapitalisten werden. Ein glühender Verfechter der Bewegung, Herr Professor Carver, entwirft ein leuchtendes Gemälde dieses Systems in seinem kürzlich erschienenen Buch: „Die gegenwärtige ökonomische Revolution in den Vereinigten Staaten“:

„Die Sparkraft der amerikanischen Werk tätigen ist so groß, daß, wenn sie sparen und ihre Ersparnisse sorgfältig anlegen wollten, sie in 10 Jahren eine der beherrschenden Finanzkräfte der Welt sein würden.“

Wenn die Eisenbahnarbeiter nur jenen Lohnzuwachs, den sie jüngst erlangt haben, als Ersparnis zurücklegen, so ergäbe dies bereits einen Betrag von 625 Millionen Dollar im Jahre. Wenn sie auf dieser Basis Eisenbahnaktien zu pari kaufen würden, so würden sie in dem Falle, als sie ihre Ersparnisse und Dividenden in Eisenbahnaktien anlegten, in 5 Jahren Aktien im Werte von 3 490 000 000 Dollar kaufen. Dies würde ihnen eine ansehnliche Mehrheit aller vorhandenen Aktien verschaffen.“

Ein solches Geschrei ist natürlich lächerlich. Gewisse Gruppen in den Oberschichten der Arbeiterklasse sind durch Lohn- und Gehaltszugeständnisse seitens des amerikanischen Imperialismus, der mit Extraprofiten gesättigt ist, verbürgerlicht worden. Doch weder sie, noch die amerikanischen Arbeiter als Gesamtheit können sich die Kontrolle der Industrien auch nur teilweise erkaufen. Die Bundeshandelskommission zeigt in ihrem „Bericht über das nationale Einkommen und den nationalen Wohlstand“,

der auf Zahlen aus dem Jahre 1922 beruht, daß auf tausend Aktienbesitzer nur 75 Arbeitnehmer entfallen, und diese haben wiederum nur einen ganz kleinen Prozentsatz des Aktienkapitals im Besitz, nämlich von 1000 Anteilen 15. Ueberdies ist ein sehr großer Teil der als „Arbeitnehmer“ geführten Leute in den Berechnungen des Professors Carver nichts anderes als Beamte der Gesellschaften, sowie Angehörige der Oberschichten der Arbeiteraristokratie.

Noch lächerlicher ist es, zu sagen, daß die Arbeiter, wenn sie wollen, die Industrien aufkaufen können. Z. B. sollen, nach Professor Carver, die Eisenbahnarbeiter sich ganz leicht in fünf Jahren die Kontrolle über die Eisenbahnen erkaufen können. Nun, diese Eisenbahnarbeiter erhalten einen durchschnittlichen Wochenlohn von 32 Dollar, ein in den Vereinigten Staaten sehr geringer Lohn. Nicht weniger als 435 000 Eisenbahner haben das Bettelinkommen von hundert Dollar oder weniger im Monat. Die großen Massen der Arbeiter in den Industrien sind in einer gleichen Lage. Solche unterbezahlte Arbeiter kämpfen nicht darum, Industrien zu kaufen, sondern das Notwendige zum Leben. Ueberdies ist eine andere unübersteigbare Barriere für die Arbeiter gegeben, wenn sie beträchtliche Mengen von Anteilen an den Unternehmungen in ihrem Beruf konzentrieren wollen: die unvermeidliche industrielle Krise; da werden dann Millionen Arbeiter, die beschäftigungslos umherstreifen, genötigt sein, alles, was sie an Aktien in der Zeit der industriellen Hochkonjunktur kaufen konnten, wieder zu verkaufen.

Die Bewegung zur Aktienbeteiligung der Arbeiter und Angestellten schwächt nicht, sondern stärkt die kapitalistische Klasse. Die Großkapitalisten finden Mittel und Wege, um diese kleinen Aktienbesitzer zu kontrollieren und zu leiten. Die folgende Feststellung Lenins in seinem Buche über den Imperialismus gilt ebenso sehr für die Vereinigten Staaten wie für Länder Europas:

„Die ‚demokratische‘ Verteilung von Aktien, die nach der Erwartung bürgerlicher Sophisten und gewisser ‚Sozialdemokraten‘ das ‚Kapital demokratisieren‘ und die Rolle und Bedeutung der Kleinproduktion stärken werden, ist in der Tat nur ein weiteres Mittel, um die Macht der Finanzoligarchie zu steigern.“

Es ist also nur ein Teil der sogenannten „höheren Strategie der Arbeit“, wenn sich die Gewerkschaftsführer Hals über Kopf in diese Unternehmerbewegung, welche die Ersparnisse der Arbeiter kontrollieren soll, stürzen. Zu diesem Zwecke haben die Gewerkschaftsführer 37 „Arbeiterbanken“ organisiert, die über Mittel im Betrage von über 200 Millionen Dollar verfügen, dazu kommen noch Anlageinstitute mit einem Aktivbestand von 35 Millionen Dollar und verschiedene andere Geschäftsunternehmungen, wie Lebensversicherungsgesellschaften, Geschäftshäuser, Miethäuser, Kohlenbergwerke usw. Wenn man auch diese Unternehmungen als genossenschaftliche hinzustellen sucht, so werden sie doch ausschließlich von den bürokratischen Oberschichten geleitet und in ihrem eigenen Interesse ausgebeutet, so daß sie in Wirklichkeit eine Art von Gewerkschaftskapitalismus darstellen, auch sind sie durch tausend Bande mit allen möglichen kapitalistischen Institutionen verknüpft.

Die Gewerkschaftsführer, die sich im Schlepptau der Unternehmer befinden, nähren alle möglichen Illusionen über diese ganze Bewegung. Sie

überschätzen ungeheuer das Ausmaß dieser Ersparnisse und die Möglichkeiten derselben. So machte z. B. kürzlich Peter J. Brady, der Präsident der (Arbeiter-)Föderations-Bank von New York folgende übertriebene Feststellung auf dem britischen Gewerkschaftskongreß:

„Jedes Jahr werden 25 Billionen Dollars in Löhnen an unsere Industriearbeiter gezahlt und ungefähr 6 bis 7 Billionen Dollars auf verschiedene Weise erspart. Diese gewaltige Summe ist es, welche die Arbeiterbanken einmal zu kontrollieren hoffen.“

Ebenso wie die Unternehmer nähren die Gewerkschaftsführer eifrig die Illusion, daß die Arbeiter mittels ihrer Ersparnisse die Industrien aufkaufen können.

So äußert im Tone des Professors C a r v e r die Zeitung der „Brüderschaft der Lokomotivführer“ (August 1925):

„Das Arbeiterbankwesen ist die einzige Revolution in der Welt, die ihren Preis wert ist. Ihre ungeheuren Möglichkeiten werden offenbar, wenn man in Betracht zieht, daß der Gesamtbetrag der Löhne des Landes ungefähr die Hälfte der 50 Billionen Dollars in den Finanzmitteln unseres 31 000 Banken ausmacht, und daß die jährlichen Ernten der Farmer ungefähr zwei Drittel des Gesamtwertes ausmachen. Man lasse nur einmal eine Mehrheit der Arbeiter und Farmer lernen, wie sie ihre Ersparnisse und ihre Kreditmacht in ihren eigenen Banken konzentrieren können, und sie werden die Einkünfte der reichsten Nation in einer Generation kontrollieren.“

W. B. Pranter, das Haupt der „Brüderschaft (Gewerkschaft) der Lokomotivführer“ gab den allgemeinen Gefühlen der Gewerkschaftskapitalisten Ausdruck, als er in „The Saturday Evening Post“ vom 6. November 1926 folgendes sagte:

„Wir gehen nur von einer Theorie aus: das ist die Theorie, daß es in Amerika keine solche Sache gibt wie eine Arbeiterklasse, die von der kapitalistischen Klasse unterschieden ist. Es ist die Absicht der Gewerkschaft, in ihren finanziellen Unternehmungen ihren Arbeitern und Mitgliedern allmählich zu zeigen, wie sie Kapitalisten und Arbeiter werden können.“

Die große Gefahr dieser Bewegung für den Aktienbesitz von Arbeitern und Angestellten, für den Gewerkschaftskapitalismus liegt hauptsächlich in den Illusionen, die sie aufkommen läßt. Nicht das ist es, daß die Arbeiter gegenwärtig beträchtliche Aktienpakete kaufen, sondern, daß das, was sie kaufen und ersparen, von der gesamten bürgerlichen Gewerkschafts- und Sozialistenpresse ungeheuer übertrieben und propagiert wird, und daß es den Gewerkschaftsführern als ein Vorwand dient, um die Kämpfe der Arbeiter gegen die Unternehmer zu schwächen. Die ideologische Korruption übersteigt weitaus die materielle Korruption, mit der die Arbeiter durch den amerikanischen Imperialismus gefesselt werden. Die Bewegung hat gerade unter den höchstqualifizierten Oberschichten der Arbeiterklasse genügend materielle Anhaltspunkte, um in den Augen Gedankenloser bestechend zu wirken. Die allgemeine Wirkung ist die, daß die Arbeiterbewegung verkrüppelt, daß sie ihres Kampfsgeistes beraubt wird, indem sie die Arbeiter verwirrt und die kapitalistischen Arbeiterführer in die Lage versetzt, die Massenbewegungen der Werk tätigen gegen die Unternehmer abzuwürgen.

### Der neue Reformismus in der Politik

Auf dem Gebiete der organisierten politischen Aktion kommt die sogenannte „höhere Strategie der Arbeit“ in einer vollkommenen Selbstausslieferung der Arbeiterbürokraten an die Kapitalisten und ihre beiden politischen Parteien

zum Ausdruck. In der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung waren die Gewerkschaftsführer den Unternehmern niemals so sklavisch ergeben, wie sie es gegenwärtig sind.

Mehr als jemals zuvor machen sich die Gewerkschaftsführer das politische Programm der Unternehmer zu eigen. In der Außenpolitik ist die Politik des amerikanischen Arbeitsbundes, mit einigen nur geringfügigen Vorbehalten, immer die gleiche wie die des Staatsdepartements der Regierung der Vereinigten Staaten. Dies gilt im Falle des Angriffs gegen die Sowjetunion, in der Stellungnahme zur chinesischen Revolution, in der Frage der Eroberung Lateinamerikas, in der Frage des Dawes-Plans usw. Die Führer der AFofL arbeiten Hand in Hand mit den amerikanischen Imperialisten an allen Fronten, an denen diese versuchen, die Welt zu beherrschen.

In der Innenpolitik sind die Arbeiterführer gleichfalls Diener der amerikanischen Kapitalisten. Sie haben kein eigenes Programm der Gesetzgebung. Es ist für den neuen Reformismus kennzeichnend, daß er die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf illusorische Reformen lenkt, die nichts mit der Regierung, sondern nur mit dem Reiche der Industrie und der Finanz zu tun haben. Die Arbeiterführer kämpfen keineswegs ernsthaft gegen das Gesetzgebungsprogramm der Unternehmer. Eine der jüngsten verräterischen Handlungen ist die Unterstützung und Anerkennung des Watson-Parker-Eisenbahngesetzes. Dieses Gesetz bestimmt Zwangsschiedsgerichtsbarkeit für die Eisenbahnen. Es ächtet und verbietet Streiks. Es erklärt die Kompagniegewerkschaften für gesetzlich. Es gibt den obersten Gerichtshöfen das Recht, bei Arbeitskämpfen einzugreifen. Kurzum, es ist das übelste Stück einer gegen die Arbeiter gerichteten Gesetzgebung, das seit einem Menschenalter in Amerika angenommen worden ist. Doch die gesamte Spitzenorganisation der Eisenbahnergewerkschaft stimmte mit Unterstützung der AFofL und Seite an Seite mit den großen Eisenbahnkapitalisten für das Gesetz. Diese schmachvolle Preisgabe der Arbeiterinteressen ist für die Politik des Nichtkämpfens, die ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten „höheren Strategie der Arbeit“ ist, charakteristisch.

Es war immer eines der „höheren“ Ziele der Unternehmer, das Wachstum der Labour Party zu verhüten und die demoralisierten Arbeiter ins Schlepptau der kapitalistischen Parteien zu nehmen. Die oberen Kreise der Gewerkschaftsführer haben in Konsequenz ihrer allgemeinen Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern die Labour Party vollkommen preisgegeben und vor den kapitalistischen Parteien kapituliert. Niemals wurden unter ihnen so wenig Forderungen nach einer unabhängigen politischen Aktion der Arbeiter laut als gegenwärtig. Sie lehnten den Versuch, der vor drei Jahren unter der Führung La Folettes gemacht wurde, eine besondere Partei der Arbeiter, Farmer und der städtischen Kleinbourgeoisie ins Leben zu rufen, als eine große Torheit ab. Es sind zwar sehr viele Anzeichen dafür vorhanden, z. B. Abstimmungen im Bergarbeiterverband und in anderen Verbänden, daß unter den Arbeitern die Forderung einer Labour Party weit verbreitet ist, doch die selbstherrlichen Gewerkschaftsführer, die von den kapitalistischen Politikern unterstützt werden, schlagen dieses Gefühl der Massen nieder und verhindern, daß es in konkreten Kämpfen organisatorisch feste Formen annimmt.

### Die Kampagnen gegen den linken Flügel

Ein wesentlicher Teil der sogenannten „höheren Strategie der Arbeit“ ist ein erbitterter Krieg gegen die Kommunistische Arbeiterpartei, gegen die TUEL (Liga für Gewerkschaftserziehung) und den linken Flügel, der sich hauptsächlich in den Gewerkschaften herausbildet. Da die Unternehmer mit ihrer Offensive die Arbeiter aufs Haupt zu schlagen trachten, indem sie sie zu höheren Leistungen in der Produktion antreiben, indem sie die Gewerkschaften zu zerschmettern oder sie ihrer Lebenskraft zu berauben suchen, indem sie die Ideologie der Arbeiter zu verwirren und die Löhne zu beschneiden suchen, da ferner die Gewerkschaftsbürokraten versuchen, diesen Angriff durch ihre Politik der Klassenarbeitsgemeinschaft und des Nichtkämpfens zu decken und zu unterstützen, hat sich unter den so furchtbar ausgebeuteten einfachen Arbeitern große Unzufriedenheit auszubreiten begonnen. Beweise dafür sind in zahlreichen Verbänden gegeben, besonders in den Verbänden der Bergarbeiter, Schneider, Eisenbahner usw. In manchen Fällen sind nicht nur die ungelernten und halbgelernten, sondern auch die gelernten Arbeiter von tiefer Unzufriedenheit ergriffen.

Diese unzufriedenen Schichten der Arbeiter sind geneigt, sich dem linken Flügel zuzuwenden und seine Kampfesführerschaft im Gegensatz zu der verräterischen Politik der Klassenarbeitsgemeinschaft der „höheren Strategie der Arbeit“ anzuerkennen. Um dieser drohenden Situation zu begegnen, gehen die Gewerkschaftsbürokraten heftig gegen den linken Flügel vor, versuchen seine Verbindung mit den unzufriedenen Massen zu zerreißen und diese Massen im Zustande der Unorganisiertheit und Demoralisation zu belassen. Da das System der Klassenarbeitsgemeinschaft ständig wächst und sich entwickelt, nimmt im Zusammenhang damit die Attacke gegen die Kommunistische Partei und den linken Flügel an Heftigkeit und Spielraum immer mehr zu. Der Terrorismus gegen den linken Flügel hat in den letzten drei Jahren eine früher unbekannte Stufe erklimmt. Manche Verbände sind zur Politik der Ausschlüsse übergegangen. Das Signal zu solchen Methoden hat die AFofL gegeben. Im Dezember 1926 hat der Präsident der AFofL, Green, das allgemeine Programm der Unternehmer und der Arbeiterführer in zwei Leitartikeln der Gewerkschaftszeitung zum Ausdruck gebracht. Der eine Artikel war ein Angebot an die Kapitalisten, die Gewerkschaften in Werkzeuge des Antreibersystems zu verwandeln, der andere war eine wilde Attacke gegen den linken Flügel. In diesem letzteren Leitartikel sagt Green:

„Kein Verband möge der Meinung sein, daß er kommunistische Propaganda oder ein Kompromiß mit kommunistischen Vorschlägen dulden kann. Gewerkschafter und Kommunisten sind soweit voneinander entfernt wie die zwei Pole. Es gibt nur eine kluge Art und Weise, einen Kommunisten zu behandeln, den man in einer Gewerkschaft entdeckt hat: kundmachen, daß er der Kommunistischen Partei angehört und ihn herauswerfen. Die einzige Art und Weise, in der man sich mit dem Kommunismus zu befassen hat, ist die, ihn mit der Wurzel auszurotten.“

Die Kampagne für die Unterdrückung der Demokratie in den Gewerkschaften, soweit Demokratie noch in größerem oder geringerem Maße vorhanden ist, und für den Ausschluß der Revolutionäre hat ihren Höhepunkt in den Bergarbeiter- und Schneidergewerkschaften erreicht. Im Bergarbeiterverband hat der Apparat des Obermachers Lewis vor kurzem bei den Verbandswahlen die Stimmen, die für die Opposition abgegeben wurden,

auf die schwindelhafteste und schamloseste Weise gestohlen. Nur so hat er sich weiter seine Herrschaft gesichert. Auf dem letzten Verbandstag hat er mit Hilfe seines gefälschten Apparates eine Mehrheit ihm gehorsamer Delegierter zustande gebracht. Dieser Verbandstag, der zahlreiche Ausschlüsse von Vorkämpfern des linken Flügels vornahm und geradezu einen faschistischen Terrorismus zur Schau stellte, war der schwärzeste in der Geschichte dieses Verbandes. Obwohl die Bergarbeiterorganisationen gegenwärtig von Zertrümmerung bedroht sind, lähmt der Apparat der Kreaturen Lewis, der nur daran denkt, zeitweilig das Feuer der Empörung im Verbands zu ersticken, durch seine Methoden die Organisation und verschärft nur die innere Krise.

In den New Yorker Schneidergewerkschaften bedienen sich die reaktionären Führer noch verzweifelterer Methoden, um die Revolte der Mitglieder niederzuschlagen. In den Verbänden der Kleidermacherinnen und der Kürschner wurden 50 000 Arbeiter, das sind mindestens 75 Prozent der Mitgliedschaft der örtlichen Organisationen, ausgeschlossen. Die Gewerkschaftsführer haben ganz offen mit den Unternehmern zusammengearbeitet, um den Streik, der durch den linken Flügel geführt wurde, zu brechen, sowie mit der Polizei, um die revolutionären Führer der Arbeiter in den Kerker zu werfen. Bei diesem Verrat wurden sie durch ein besonderes Komitee unterstützt, das von der AFofL zu dem Zwecke geschaffen war, die Kommunisten aus den Gewerkschaften hinauszujagen. Niemals zuvor hat die amerikanische Arbeiterbewegung bei all ihren Rekordleistungen einen solchen krassen und schamlosen Verrat der Arbeiter durch ihre Führer erlebt.

### Aufgaben und Perspektiven

Der Kampf gegen die sogenannte „höhere Strategie der Arbeit“ in den Vereinigten Staaten und gegen den Irrweg der Klassenarbeitsgemeinschaft ist gegenwärtig eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Partei. Dieser Kampf wird zum großen Teil im Rahmen der gegenwärtigen Gewerkschaften zu führen sein. Obwohl diese Organisationen oder besser gesagt, ihre Führer nach rechts gewandert sind, wäre es ein großer Irrtum, daraus zu schließen, daß die Kommunisten in ihnen nicht erfolgreich arbeiten können und daß eine allgemeine Politik der doppelten Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten notwendig ist.

Die Erfahrung gebietet das Gegenteil. Denn trotz des Terrorregimes der reaktionären Gewerkschaftsbükratie bewegt sich der Einfluß unserer Partei in den Gewerkschaften auf einer aufsteigenden Linie. Der Kampf in den Gewerkschaften muß entsprechend unseren gegenwärtigen allgemeinen Richtlinien geführt werden: Für die Massenarbeitspartei; für die Demokratisierung und Vereinigung der Gewerkschaften und für ihre Verbreiterung durch die Einbeziehung der großen Massen der Unorganisierten; für die Beseitigung der reaktionären Gewerkschaftsbükratie; für die Hebung des ideologischen Niveaus der Arbeiter im allgemeinen und für eine aktive Politik des Klassenkampfes. Ihre Absicht muß es sein, die Gewerkschaften von den gegenwärtigen Geschäftsunternehmungen loszulösen und die Sparbewegung in die Kanäle der unverfälschten Genossenschaften zu leiten. Ungeachtet ihres konservativen Gesichts sind die amerikanischen Gewerkschaften für die Betätigung der Kommunisten nicht unzugänglich. Nur in

einigen Fällen, und zwar in Industrien, wo es keine Gewerkschaftsverbände gibt oder wo die existierenden hoffnungslos lahmgelegt sind, wird es angezeigt sein, unabhängige Gewerkschaftsverbände zu bilden, die danach trachten müssen, sich dem Hauptkörper der organisierten Arbeit anzuschließen.

In der gegenwärtigen Lage der Vereinigten Staaten stellen sich mancherlei Schwierigkeiten dem Aufbau unserer Partei entgegen. Der amerikanische Imperialismus ist in einer Aufwärtsbewegung begriffen. Er ist noch imstande, die Industrien zu beschäftigen, den Massen verhältnismäßig stetige Arbeit zu gewährleisten und starke Gruppen der Oberschichten der Arbeiter durch hohe Löhne und andere Zugeständnisse zu korrumpieren. Die Unternehmer sind stark, während die Arbeiter ideologisch zurückgeblieben sind. Sie haben keine politische Massenpartei und ihre Gewerkschaftsverbände, die organisatorisch schwach sind, werden durch eine durch und durch korrumpierte Bürokratie geleitet. Nichtsdestoweniger ist angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit unter den großen Massen der Arbeiter die Grundlage gegeben, um bei einer richtigen bolschewistischen Taktik eine starke kommunistische Partei aufzubauen und großen Einfluß auf die Massen zu gewinnen.

Wenn es zur nächsten großen industriellen Krise kommen wird — und es sind manche Zeichen vorhanden, daß sie eintreten wird —, zu einer Krise, die unvermeidlich Lohnherabsetzungen und Massenarbeitslosigkeit im Gefolge haben wird, so wird die amerikanische Arbeiterbewegung trotz und wegen ihrer verräterischen Führerschaft einen scharfen Ruck nach links machen und danach trachten, die Reformen der letzten Zeit zu liquidieren. Die gewaltigen Streiks der Jahre 1919 bis 1923, in denen die größte Zahl von Arbeitern in der Geschichte Amerikas im Streik gegen die Unternehmer stand, waren nur Vorboten der großen Kämpfe, die der Arbeiterklasse in einer nicht allzufernen Zukunft bevorstehen. In diesen Kämpfen wird die kommunistische Massenpartei aufgebaut, werden die Arbeiter mobilisiert und für ihre entscheidenden und erfolgreichen Klassenkämpfe gegen den Kapitalismus herangebildet werden.

Inzwischen bleibt der gekennzeichnete amerikanische Typus des Reformismus ein ernstes Problem nicht nur für die Kommunistische Partei Amerikas, sondern, mit Rücksicht auf die Versuche, diese Art des Reformismus auch in Europa einzuführen, für die Kommunistische Internationale und für eine Reihe ihrer Sektionen.

ROSENTHAL:

## DIE ROLLE DES PRIVATKAPITALS IN DER WIRTSCHAFT DER USSR

Die spezifische Beschaffenheit unserer Wirtschaft — als der Wirtschaft der Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus — rückt unvermeidlich eine Untersuchung der Bedeutung des Privatkapitals, als des Problems der ökonomischen Politik der Sowjetunion überhaupt, in den Vordergrund. Da der staatliche und genossenschaftliche Apparat des zurückgebliebenen Landes mit vorwiegender Bauernbevölkerung nicht imstande war, die gesamte Industrie und den gesamten Handel erschöpfend zu erfassen, wurde das Privatkapital „zur Mitarbeit“ an der Wirtschaftstätigkeit neben der Arbeiterschaft und dem Bauerntum zugelassen, und entwickelte bereits in den ersten Jahren der NEP eine energische Tätigkeit. Das privatwirtschaftliche Kapital entwickelte sich unter den Bedingungen des freien Warenaustausches, ließ sich nur mit der größten Mühe kontrollieren und regulieren und begann sofort einen erbitterten Kampf gegen die sozialistischen Elemente der Wirtschaft der Sowjetunion.

Und anders konnte es doch auch nicht sein: Kapitalismus und Sozialismus sind zwar solche Systeme, die nur bis zu einem bestimmten Grade, nur bis zu einer bestimmten Grenze innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes gemeinsam existieren können. Doch in ihrer Entwicklung muß eines dieser beiden grundsätzlich entgegengesetzten Wirtschaftssysteme unvermeidlich das andere verdrängen. Der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus trägt als wesentliches Merkmal (durch den Sieg des Proletariats im Bürgerkriege und den Uebergang zu der neuen ökonomischen Politik) den Charakter der ökonomischen Rivalität zweier Systeme: des kapitalistischen mit dem sozialistischen.

Die ausschlaggebende, überwältigende Masse der Bevölkerung der USSR bildet das Bauerntum mit die Wirtschaft einfacher Warenproduzenten. Und die wichtigste, entscheidende Frage, die eigentlich das Schicksal sowohl der Sowjetunion, wie auch des Sozialismus und Kapitalismus überhaupt bestimmen wird, ist: wem wird das Bauerntum folgen, in welcher Richtung wird es sich entwickeln und evolutionieren?

Die einfache Warenwirtschaft kann zwei Wege wählen: sowohl den Weg der kapitalistischen, wie auch nichtkapitalistischen Evolution. Der einfachen Warenwirtschaft ist die Möglichkeit geboten, unter der Bedingung, daß die politische Macht und die ökonomischen Kommandohöhen sich in den Händen des Proletariats befinden, zum Sozialismus unter Ueberspringung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums zu gelangen. Jedoch bildet gleichzeitig die einfache Warenwirtschaft unter der Bedingung des freien Warenaustausches und des Bestehens des privatkapitalistischen Systems in der Wirtschaft den Ausgangspunkt des Kapitalismus und führt zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen. In der einen Richtung wächst die einfache Warenwirtschaft durch Zusammenschluß ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit mit der staatlichen

Industrie, unter deren Einfluß und unter staatlicher Führung durch Zusammenschluß in Genossenschaften, durch Maschinisierung und Elektrifizierung in den Sozialismus hinein. Gleichzeitig aber schließt sich die einfache Warenwirtschaft in der anderen Richtung an den Privatkapitalismus an, unterstützt ihn und dient ihm als Basis, die ihm die nötigen Nährstoffe zuführt.

Nach welcher Richtung hin — zum Kapitalismus oder Sozialismus — wird sich die einfache Warenwirtschaft entwickeln?

\*

Das Hauptgebiet der Tätigkeit des Privatkapitals in der USSR ist der Handel. Ohne sich durch irgendwelche feste Verpflichtungen zu binden, warf sich das Privatkapital vor allem auf dasjenige Gebiet, welches den größten Gewinn versprach und infolge des Warenmangels Aussichten auf Spekulation und leichten Gewinn bot.

Wie bedeutend die Rolle des Privatkapitals im Handelsumsatz in den ersten Jahren des NEP war, kann man schon daraus ersehen, daß er in den Jahren 1920—24 21,8 Prozent des Vermittlungs-Engrosumsatzes, 58,6 Prozent — d. h. weit mehr als die Hälfte — des Einzelhandels und 40,8 Prozent des gesamten Handelsumsatzes betrug.

Doch die letzten drei Jahre brachten wesentliche Änderungen in der Rolle und der Höhe des spezifischen Gewichts des gesamten Privatkapitals im Warenumsatz.

Vor allem begann die Verdrängung des Privatkapitals auf dem Gebiet des Engros Handels, wo der Einfluß und die Rolle der Genossenschaften und Gewerkschaften von Jahr zu Jahr bedeutender und mächtiger wurden. Dabei verringerte sich die Abgabe an Privatpersonen aus den Beständen des staatlichen Handels von 16 Prozent in den Jahren 1923—24 auf 8—9 Prozent in den Jahren 1925—26.

Die Dynamik der spezifischen Gewichte und der Rolle der einzelnen sozial-ökonomischen Formen des Warenumsatzes gestaltet sich im allgemeinen folgendermaßen (in Mill. Tscherwonezrubel):

	Gesamtwarenumsatz			Großhandel			Einzelhandel		
	Staatl.	Genoss.	Privat	Staatl.	Genoss.	Privat	Staatl.	Genoss.	Privat
1923—1924	3 025	2 750	3 976	2 459	1 235	1 030	566	1 515	2 946
in Proz.	31	28,2	40,7	52,1	26,1	21,8	11,3	30,1	58,6
1924—1925	4 855	5 137	3 700	3 500	2 651	644	1 355	2 486	3 056
in Proz.	35,5	37,5	27,0	51,5	39,0	9,5	19,6	36,1	44,3
1925—1926	6 954	8 654	4 860	5 100	4 382	981	1 754	4 370	3 879
in Proz.	33	43	24	48,6	41,2	9,4	17,5	43,7	38,8
1926—1927	8 296	10 858	5 246	6 304	5 406	1 159	1 992	5 452	4 087
in Proz.	34	44	22	49	42	9,0	17	47,5	35,5

Also ist die Rolle des Privatkapitals von 40,8 Prozent des Gesamtumsatzes in den Jahren 1923—24 auf 22 Prozent in den Jahren 1926—27 zurückgegangen. Noch stärker ist das spezifische Gewicht des Privatkapitals im Großhandel gesunken: von 21,8 Prozent in den Jahren 1923—24 auf 9 Prozent in den Jahren 1926—27. Sogar im Einzelhandel sank das spezi-

fische Gewicht des Privatkapitals von 58,6 Prozent auf 35,5 Prozent. Daß das spezifische Gewicht des Privatkapitals im Einzelhandel dennoch so bedeutend ist, wird durch den Umstand erklärt, daß der staatliche Handel und die Genossenschaften nicht imstande waren, das flache Land, wo der Handelsapparat außerordentlich fein und verzweigt ist, restlos in seine Hände zu bekommen.

Dessen ungeachtet muß die Tatsache als frag- und restlos erwiesen anerkannt werden, daß das Privatkapital aus seiner Hochburg — dem Handelsumsatz — allmählich hinausgedrängt wird, dem staatlichen und besonders dem genossenschaftlichen Handelsnetz Platz machend. Auch an der „Handelsfront“ weicht das Privatkapital Schritt für Schritt zurück, eine Position nach der anderen in den Händen des im Angriff begriffenen sozialistischen Sektors zurücklassend.

Auch aus der Sphäre der Beschaffung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird das Privatkapital ebenso allmählich, aber unaufhaltsam verdrängt. Besonders auffallend ist dieser Prozeß auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung. Während der Anteil der staatlichen, planmäßigen Aufkäufer von 52 Prozent in den Jahren 1924—25 auf 66 Prozent in den Jahren 1925—26 stieg, sank entsprechend der Anteil der privaten, nicht planwirtschaftlich tätigen Aufkäufer. Die Rollenverteilung der planmäßigen (staatlichen und genossenschaftlichen) und nichtplanmäßigen und privaten Aufkäufer mit Bezug auf zwölf landwirtschaftliche Erzeugnisse zeigt annähernd folgende Wechselbeziehungen:

	A u f k ä u f e r		
	auf Grund des staatl. Planes	über den Plan hinausgehend	private
1924-25	62,2 Prozent	12,6 Prozent	25,2 Prozent
1925-26	68,3 „	10,6 „	21,1 „

Mit anderen Worten: das spezifische Gewicht der privaten Aufkäufer ist annähernd um 16,3 Prozent gesunken.

Also hat das Privatkapital sich sogar auf demjenigen Gebiet, welches eine besondere Schmiegsamkeit und eine besondere Fähigkeit zu manövrieren erfordert, als nicht genügend konkurrenzfähig erwiesen und ist gezwungen, zurückzuweichen und seine Position an den sozialistischen Sektor abzutreten.

Unvergleichlich bedeutungsloser war die Rolle des Privatkapitals in der Industrie, wo das kapitalistische Grundkapital der gesamten Zensus-Industrie am 1. Oktober 1925 nur 1,5 Prozent des gesamten Grundkapitals der Industrie betrug. Dabei konzentrierte sich, was für das Privatkapital besonders wichtig und charakteristisch ist, seine industrielle Tätigkeit hauptsächlich auf die Zweige der Leichtindustrie, die Artikel des persönlichen Bedarfs verarbeitet. Nach Angaben der im Jahre 1925 angestellten Untersuchungen beträgt der Prozentsatz des Grundkapitals, der zu dem nicht verstaatlichten Sektor der Zensus-Industrie gehört, in verschiedenen Zweigen:

Kleidung und Toilette-Artikel	6,1 Prozent	Metall . . . . .	1,1 Prozent
Nahrung . . . . .	5,4 „	Chemie . . . . .	0,9 „
Leder . . . . .	4,7 „	El.-Werke . . . . .	0,3 „
Druckereien . . . . .	3,7 „	Textil . . . . .	0,3 „
Papier . . . . .	1,2 „	Heizung . . . . .	0,1 „

Das Privatkapital wagt es nicht, sich auf diejenigen Zweige der Industrie, die in der Hauptsache in Händen des Staates konzentriert sind, zu werfen, und zieht es vor, seine Tätigkeit auf das Gebiet der Leichtindustrie, wo es infolge des Warenhungers damit rechnen kann, in unmittelbare Berührung mit den Konsumenten zu kommen, zu verlegen. Die Rolle des Privatkapitals ist nicht nur verschwindend gering, sondern ist außerdem hauptsächlich auf die Gebiete der Herstellung von Artikeln für den persönlichen Bedarf beschränkt, während die staatliche Industrie sämtliche Großbetriebe und den Riesenkomplex der die Produktionsmittel herstellenden Industriezweige erfaßt. Also haben die privatwirtschaftliche und Konzessionsindustrie eine untergeordnete, rein ergänzende Bedeutung, ohne daß sie wagen, auf diesem Gebiet auch nur als ein einigermaßen bedeutender Konkurrent aufzutreten.

Aber nichtsdestoweniger wird das Privatkapital, das sich bewußt auf diejenigen Industriezweige wirft, wo es der staatlichen Industrie schwerer ist, es einzuholen, auch auf diesem Gebiet durch die sich ständig ausbreitende staatliche Industrie aus seinen ursprünglich eingenommenen Positionen verdrängt. Dieser Prozeß läßt sich am besten an der Dynamik der Engrosproduktion beobachten.

Großproduktion der Zensus-Industrie, eingeteilt nach den soz. Systemen

	Staatl. Prod.	Genossensch. Prod. (in Mill. Friedensrubel)	Privat- und Konzessions-Prod.
1923-24	2 383	108	136
in Prozenten	90,7	4,1	5,2
1924-25	3 740	154	167
in Prozenten	92,0	3,8	4,2
1925-26	5 309	247	241
in Prozenten	91,6	4,3	4,1
1926-27	6 095	275	270
in Prozenten	91,8	4,1	4,1

Trotz des so geringen spezifischen Gewichts des Privatkapitals in der Industrie wird es dennoch unaufhaltsam von dem sozialistischen Sektor der Wirtschaft der Sowjetunion verdrängt. Im Verlauf von drei Jahren ist das spezifische Gewicht des sozialistischen Sektors (staatliche und genossenschaftliche Industrie) von 94,8 Prozent auf 95,9 Prozent der gesamten Großindustrie gestiegen. In demselben Zeitabschnitt sank das spezifische Gewicht des kapitalistischen Sektors von 5,2 auf 4,1 Prozent. Dabei ist es besonders wichtig, hervorzuheben, daß die Steigerung des spezifischen Gewichts auf der Grundlage der Steigerung und des Wachstums der gesamten Industrie überhaupt vor sich ging. Aber während die staatliche und genossenschaftliche Großproduktion um 156 Prozent gestiegen war, vergrößerte sich die Großproduktion des kapitalistischen Industriesektors nur um 98 Prozent. Ein in seinen Grundzügen diesem ähnliches Bild finden wir auch in der Statistik der Arbeiter, die in den einzelnen Sektoren der Zensus-Industrie beschäftigt sind:

Zahl der Arbeiter in der Zensus-Industrie

	Staatliche		Genossenschaftliche		Private	
	Absolut	In Prozenten	Absolut	In Prozenten	Absolut	In Prozenten
1922-24	1 528	94,4	47	2,9	43	2,7
1926-27	2 412	93,5	110	4,3	57	2,2

Während in den Jahren 1923—24 der sozialistische Sektor 1 575 000 Arbeiter beschäftigte, erhöht sich in den Jahren 1926—27 die Zahl der Arbeiter auf 2 522 000. Gleichzeitig steigt die Zahl der in der Privat- und Konzeptionsindustrie beschäftigten Arbeiter nur um 32 Prozent.

Erheblich steigt das spezifische Gewicht des privatkapitalistischen Sektors in der der Zensus-Industrie nicht unterworfenen Leichtindustrie. Auf diesem Gebiet verteilte sich im Jahre 1925 die Produktion nach den einzelnen Sektoren annähernd folgendermaßen (in 1000 Rubel):

Staatlicher Sektor (staatl. u. genossenschaftl.)	66 638,7	10,14 Prozent
Kapitalistische Industrie . . . . .	166 458,3	17,72 „
Einfache Warenwirtschaft . . . . .	474 078,1	72,14 „

Trotzdem das Privatkapital in der nicht zensierten Leichtindustrie ein höheres spezifisches Gewicht als in der Schwerindustrie besitzt, bleibt es auch auf diesem Gebiet erheblich hinter dem einfachen Waren-Sektor, dessen spezifisches Gewicht viermal höher als das seinige ist, zurück. Doch auch diese Rolle des Privatkapitals in der leichten Industrie erweist sich schließlich von verschwindend geringer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft, denn die gesamte Leichtindustrie, mit Einschluß sämtlicher Sektoren, beträgt 1924—25 19,4 Prozent der gesamten Industrie, wobei das spezifische Gewicht der Leichtindustrie 1926—27 noch mehr gesunken ist, und nur 15,5 Prozent beträgt.

Also bezeugen die vergangenen drei Jahre mit aller Deutlichkeit, daß auch auf diesem Gebiet der Industrie der sozialistische Industriesektor — die staatliche und genossenschaftliche Industrie — im Konkurrenzkampfe unaufhaltsam von Jahr zu Jahr den kapitalistischen Industriesektor verdrängt und ihn zwingt, eine Position nach der anderen zu räumen.

Verhältnismäßig hoch ist die Beteiligung des Privatkapitals in der Kommunalwirtschaft. Nach den Angaben der Wohnungsabteilung des Innenkommissariats befinden sich in den Städten über 2 Millionen Baulichkeiten mit einer Gesamtfläche bis zu 18 Millionen Quadrat-Saschen im Privatbesitz. Doch das in der Höhe von über 4 Milliarden Rubel in diesen Gebäuden angelegte Kapital hat keinen Unternehmercharakter und wird unmittelbar vom Eigentümer konsumiert. Das trifft auch beim neuen Wohnungsbauwesen zu, wo 99 Prozent aller Baulichkeiten aus Häusern mit einer einzigen Wohnung bestehen, die für die Privatkonsumtion des Bauherrn selber bestimmt ist.

\*

Das Problem der Rolle des Privatkapitals in der Volkswirtschaft der Sowjetunion verliert für keinen Augenblick seine Aktualität. Im Kampfe um den Sozialismus, im Kampfe um den Einfluß auf das Bauerntum geht ein heftiges Ringen zwischen den beiden sozial-ökonomischen Formen unseres Wirtschaftssystems vor sich, doch immer deutlicher wird die Tatsache, daß in diesem Ringen der Sieg des sozialistischen Sektors, der sozialistischen Methoden und Wirtschaftssysteme gesichert ist. Auf allen strategisch wichtigen Punkten dieser Front — der Industrie und des Handels — wird das Privatkapital unaufhaltsam durch den sozialistischen Sektor unserer Wirtschaft verdrängt.

Und der Sozialismus wird in diesem Kampf siegen, wenn die friedliche Arbeit des sozialistischen Aufbaues nicht durch den räuberischen Ueberfall der Kettenhunde des Imperialismus gestört werden wird, und wenn die verbrecherischen Pläne des Imperialismus uns nicht dazu zwingen werden, die Arbeit an der friedlichen sozialistischen Umgestaltung durch die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes gegen den bewaffneten Ueberfall abzulösen, den Pflug in der Hand des Bauern und den Hammer in der Hand des Arbeiters durch Gewehre zu ersetzen.

A. L. BAD :

## „LA FÉDÉRATION BALCANIQUE“\*

Der Balkan-Vulkan rührt sich wieder. Der jugoslawisch-griechische Streit um Saloniki ist heute nicht auf der Tagesordnung, der italienisch-jugoslawische Zwiespalt wurde einstweilen beigelegt und der neueste jugoslawisch-albanische Konflikt, der sogar zum Abbruch der politischen Beziehungen führte, wird ebenfalls „beigelegt“ werden. Diese „Beilegung“ findet statt und muß zustandekommen, denn der Schwerpunkt des Krieges, des neuesten kommenden Weltkrieges, der diesmal etwas östlicher liegt, hat die Sowjetunion als Ziel. Die gegenwärtigen Interessen des Weltimperialismus, des englischen Imperialismus in erster Linie, bringen löschendes Wasser über jeden Feuerfunken, der auf dem Balkan erglimmt.

Aber diese Interessen der westlichen imperialistischen Staaten, die heute keinen Krieg auf dem Balkan wollen, können die Gegensätze auf dem Balkan, die Gegensätze in der imperialistischen Welt selbst nicht beseitigen. Der Balkan ist und bleibt von Interesse, und „La Fédération Balcanique“ ist die einzige periodische Zeitschrift, die die Zustände des Vulkans scharf beleuchtet. „La Fédération Balcanique“ ist heute die beste Zeitschrift auf diesem Gebiete. Die „Penissela Balkanika“, die in Bukarest erscheint, die Pariser „Peuples et Nations des Balkans“, die Athener „Proche et Extrême Orient“ — dies alles sind bürgerliche, zu dreiviertel Regierungsorgane, weder haben sie die Objektivität und das Ziel der „Fédération Balcanique“, noch können sie, alle zusammen genommen, soviel Material über die Lage auf dem Balkan geben wie diese.

Die erste Nummer der „Fédération Balcanique“ erschien am 15. Juli 1924 und stellte sich von Anfang an das Ziel, nicht nur ein Informationsblatt, sondern auch ein Kampforgan zu sein. Im Artikel „Unser Programm“ heißt es:

„Die Hauptaufgabe unserer Zeitschrift ist es, wie schon der Name selbst zeigt, die Idee der Befreiung und das Selbstbestimmungsrecht der Balkanvölker, wie auch ihre Föderierung zu propagieren.“

Und wie verstanden die Herausgeber der Zeitschrift, die selbst jahrzehntelang diese Idee nicht nur propagierten, sondern für sie kämpften, die obige Befreiung?

„Wir wollen — wird weiter im Programmartikel gesagt —, daß die Balkanvölker aufhören, die gemeinsame Beute des europäischen Imperialismus und des Balkanchauvinismus zu sein . . ., denn nur die Föderation, die die Wurzeln aller nationalen Konflikte vernichten wird, die die freie kulturelle Entwicklung der nationalen Minderheiten garantieren wird, die allen Mitgliedern freien Ausgang zum Meer und zu den großen Flüssen geben wird, die jedem volle politische und ökonomische Freiheit sichert — wird dem Balkan den endgültigen Frieden geben und die allgemeine kulturelle Entwicklung aller Völker erlauben!“

Ferner wird betont, daß die „Idee der Föderation die leitende Idee werden muß“, daß „alle nationalbefreienden Bewegungen auf dem Balkan dasselbe Ziel verfolgen, daß man auf die eigenen Kräfte bauen muß“, man muß sich „auf die arbeitenden Massen stützen“, und daß „der Kampf doch begonnen werden muß, wenn er auch erbittert sein wird!“

Und in der Wirklichkeit ist eine solche Arbeit kein leichter Kampf. Der Ausgang des Weltkrieges hat den Chauvinismus in drei wichtigen Balkanländern gestärkt: es besteht der Wahnsinn eines Groß-Griechenland, Groß-Serbien und Groß-Rumänien. Die Herausgeber der Zeitschrift waren sich dieser Schwierigkeit bewußt, und da der Kampf für und mit den unterdrückten Balkanvölkern zu führen ist, mußte die „Fédération Balcanique“ von Anfang an in allen Balkansprachen sprechen. Heute gebraucht jede Nummer der Zeitschrift folgende Sprachen: albanisch, bulgarisch, griechisch, kroatisch, serbisch, rumänisch, türkisch, und als europäische Sprachen: deutsch und insbesondere französisch. Es ist wirklich viel für eine einzige Ausgabe einer Zeitschrift, aber diese Zeitschrift sollte trotz alledem, von

\* Organ der nationalen Minderheiten und der unterdrückten Völker des Balkans, Wien, zweimal monatlich, I. Jahrgang Nrn. 1—23, II. Jahrgang Nrn. 24—58, III. Jahrgang Nrn. 59—65, Seiten 1264, Oktav.

Zeit zu Zeit auch Aufsätze in folgenden Sprachen bringen: ungarisch, russisch, dalmatinisch und slowenisch. Die vielen Millionen dieser Nationalitäten des heutigen Balkans sollen und müssen über die allgemeinen und Grundprobleme der Halbinsel unterrichtet werden.

Bis zum 1. Januar 1927 nannte sich die Zeitschrift nur „La Fédération Balcanique“ und von diesem Tage an bekam sie den Untertitel „Organ der nationalen Minderheiten und der unterdrückten Völker des Balkans“. Damit wurde der Kampfcharakter der Zeitschrift betont und viel mehr konkretisiert, aber zur selben Zeit — allem Anschein nach — die Basis verschmälert.

Es ist wahr, daß der Nationalchauvinismus der griechischen, bulgarischen, serbischen und rumänischen Bourgeoisie so groß und mächtig ist, daß man von „unterdrückten“ und „herrschenden“ Völkern auf dem Balkan sprechen kann. Aber wenn man das Problem nur von dieser Seite bespricht, dann kann man kaum von der Notwendigkeit der „Balkanföderation“ sprechen. Das Problem muß von der allgemeinen Lage des Balkans ausgehend, betrachtet werden. Die Lage der Balkanländer gegenüber dem Westimperialismus, das ist der Ausgangspunkt für die kommende Balkanföderation. Und das ist auch der ganze Sinn der schon fast drei Jahre erscheinenden Zeitschrift, die die Idee der Befreiung des ganzen Balkans durch die Föderierung der Balkanvölker propagiert. Es ist also nur dem Anschein nach die Basis verschmälert worden, in der Tat aber verstehen die Leiter der Zeitschrift — unter dem Namen „unterdrückte Völker des Balkans“ — alle Völker des Balkans, insoweit diese noch als halbkoloniale Völker vom Imperialismus der Großmächte behandelt, ausgebeutet und ausgenützt werden.

Die Idee der Balkanföderation propagierend, hat die Zeitschrift versucht, den Standpunkt der öffentlichen Meinung in bezug auf das Schicksal der Balkanvölker zu erfahren. Eine Enquête wurde eingeleitet und Hunderte von Persönlichkeiten haben schon auf folgenden Fragebogen geantwortet:

1. „Glauben Sie, daß die heutige Lösung der mazedonischen Frage mit den Rechts- und Freiheitsprinzipien sowie auch den Friedensinteressen übereinstimmt?“
2. Glauben Sie, daß unter der heutigen Balkanreaktion die Rechte der nationalen Minderheiten genügend beachtet und garantiert sind?
3. Was für ein Mittel kann Ihrer Meinung nach der Unterdrückung der nationalen Minderheiten einerseits, und den Gegensätzen, die die Balkanstaaten gegeneinander treiben, andererseits ein Ende machen?
4. Glauben Sie an die Möglichkeit der Realisierung der Balkanföderation durch die gegenwärtigen Regierungen?
5. Was denken Sie im allgemeinen über eine Föderation der Balkanvölker und unter was für Bedingungen könnte sie verwirklicht werden?“

Es liefen Antworten von Bürgerlichen, Sozialdemokraten und Kommunisten fast aller Länder Europas ein, so von Barbusse, Jean Longuet, Aulard, F. Buisson, Viktor Margueritte, Peri, Rappaport, Kianil, Balla, Maxton, Cook, Lansbury, Ellenbogen, Istrati, August Forel, Dufour, Sonkup, Bartoschek, Nikolai usw.

Von den Antworten, die einige Kommunistenführer auf dem Balkan gegeben haben, entnehme ich folgende:

1. Genosse Kolarow, in Nr. 58 vom 15. Dezember 1926, schreibt unter vielem anderen: „Wir, die bulgarischen Kommunisten, halten alle Bestrebungen für erfolglos, die die Unterdrücker der mazedonischen Arbeiter und Bauern durch gegenseitige Verständigung zwecks Teilung der Beute, durch physische und moralische Vergewaltigung des Willens der Volksmassen unternehmen. . . . Die größte Schwierigkeit besteht also in der moralischen und materiellen Emanzipierung der mazedonischen revolutionären Bewegung von dem „Protoktorat“ und „Bündnis“ seitens ein oder des anderen Teiles der offenen oder heimlichen Unterdrücker des mazedonischen Volkes.“
2. Genosse Nowakowitsch aus Jugoslawien antwortete in Nr. 66 vom 15. April 1927: „Die Friedensinteressen auf der Balkanhalbinsel können nur dann gesichert werden, wenn sie mit den Interessen der Balkanvölker identifiziert werden. . . . Wir Kommunisten stellen das Balkanproblem folgendermaßen: Das Balkanproblem ist in erster Reihe das mazedonische Problem . . . , in Mazedonien wird für die Hegemonie auf dem Balkan gekämpft. . . . Die Voraussetzung der Föderation der Balkanländer ist die

volle und ganze Befreiung aller Balkanvölker und insbesondere die Integrität und Freiheit Mazedoniens.“

3. Genosse Rakowski, einer der besten Kenner der Lage auf dem Balkan, schrieb schon im November 1924:

„Ohne eine radikale Aenderung des inneren politischen und ökonomischen Regimes dieser Länder wird unter den gegenwärtigen Umständen eine Balkanföderation nur ein Betrug für die schwächeren, nur ein Ausbeutungsobjekt seitens der stärkeren sein. Deshalb deckt sich der Kampf für eine wirkliche Föderation vollständig mit dem Kampf der Arbeiterklasse, zusammen mit der Bauernklasse für ihre Befreiung von der kapitalistischen Bourgeoisie und vom Feudalismus.“

4. Der Genosse Mosku aus Rumänien schreibt in Nr. 63 vom 1. März 1927:

„Die Aufsätze und die Tatsachen, die in jeder Nummer der *Fédération Balcanique*“ veröffentlicht werden, zeigen deutlich, daß sowohl das Verschwinden des österreich-ungarischen Imperiums wie auch das Zustandekommen Großserbiens und Großrumäniens die Lage und das Schicksal der arbeitenden Völker des Balkans nicht geändert haben. . . . Um einen neuen Krieg unter den Balkanvölkern zu verhindern, muß die Parole der „Balkanföderation“, die nur als eine „Föderation der Balkanrepubliken“ existieren kann, die Aktionslösung der Arbeitermassen aus Stadt und Land und aller Nationalitäten der Balkanhalbinsel sein . . .“.

Außer der gründlichen Behandlung der revolutionären nationalen Bewegungen in Mazedonien, Albanien, Dobrudscha, Kroatien, Transsylvanien usw. werden gründlich die Hauptfragen des Balkans besprochen: Die Nationalfrage als Ganzes, die Bauernfrage und die Flüchtlingsfrage. Außerdem enthält die Zeitschrift interessante Aufsätze über die allgemeine ökonomische und politische Lage der Balkanstaaten und über die politischen Verhältnisse dieser Staaten zu den imperialistischen Mächten des Westens. Die Kleine Entente, der betrügerische Völkerbund, die verräterische Sozialdemokratie — nichts wird vergessen seitens der „*Fédération Balcanique*“. Der Terror und die Reaktion im allgemeinen, die Bluttaten der Balkanregierungen, wie auch die mutige Protestbewegung des Auslandes gegen diese Taten, finden eine Widerspiegelung in dieser Zeitschrift.

Die „*Fédération Balcanique*“ ist höchst interessant und muß von jedem, der sich über die Zustände auf dem Balkan unterrichten will, gelesen werden.